

Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

Datum	14. September 2023
Zeit	19:30 Uhr bis 00:10 Uhr
Ort	Aula Lenzhard
Vorsitz	Remo Keller, Einwohnerratspräsident
Anwesende	35 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigte	Martin Killias; Ruby Ott; Annette Sikyr; Manuel Silva; Marcel Streb- bel
Protokollführung	Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Überführung Tagesstruktur in städtische Verwaltung, Kredit Innenausbau und Erstanschaffungen Bleiche, Einführung eines Tagesschul-Moduls per Schuljahr 2025/ 2026
3. Bestattungs- und Friedhofreglement, Revision 2023, Genehmigung
4. Aufgaben- und Finanzplanung 2024 bis 2028
5. Budget 2024
6. Konzessionsabgabe an die Stadt Lenzburg für die Nutzung des öffentlichen Grunds für die Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung (Konzessionsreglement); Genehmigung
7. Sanierung Sägestrasse mit Anpassung Fuss- und Radwegübergang; Abschnitt Landi; Verpflichtungskredit
8. Neubau Meteorwasserleitung in Sägestrasse und Werkhofstrasse (ehemaliges UFA-Areal); Verpflichtungskredit
9. Informationen zur anstehenden BNO-Revision
10. Umfrage

Verhandlungen:

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte liebe Gäste, herzlich willkommen zu der 10. Sitzung des Einwohnerrats in der Legislatur 2022 bis 2025 und auch herzlich willkommen zurück aus der Sommerpause. Wie üblich starten wir die Sitzung nach dem Sommer mit dem Budget und damit einem sehr wichtigen und heissen Traktandum. Insofern ist das Wetter uns heute gnädig, dass es nicht so heiss ist wie das letzte Mal, aber ich bin gespannt auf heisse und angeregte Diskussionen, bitte aber wie immer darum, dabei fair zu bleiben. Fritz Thut, begrüsse ich heute ganz besonders herzlich zu seiner wohl letzten Sitzung als aktiver Chefredakteur vom Lenzburger Bezirksanzeiger. Bereits heute und von hier aus wünsche ich ihm alles Gute für den kommenden neuen Lebensabschnitt. Neben ihm sitzt bereits sein Nachfolger Rinaldo Feusi, der heute kräftig mitschreiben darf.

Von der Aargauer Zeitung haben wir Michael Hunziker und Eva Wanner da, welche ich ebenfalls herzlich begrüsse. Neben mir sitzt Beatrice Räber als Aktuarin und ich danke für das Einrichten des Saals. Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind allen rechtzeitig elektronisch zugestellt worden. Ich stelle fest, auch wenn wir heute die eine oder andere Abmeldung haben, dazu komme ich noch, dass der Rat beschlussfähig ist und somit ist die 10. Sitzung eröffnet ist.

1 Mitteilungen

Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2023

Das Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2023 ist erstellt worden und sollte Online auffindbar sein. Auch für heute noch einmal die Information, was wir sagen, wird aufgezeichnet, wie immer natürlich, und wieder automatisch protokolliert. Die Mitteilung, welche ich bekommen habe, ist, dass es das letzte Mal doch eine Hilfe gewesen ist und man vermutlich nach dem heutigen dritten und letzten Testteil sich überlegt das Programm anzuschaffen. Das ist dann aber am Ende ein Entschluss, welcher der Stadtrat noch fällen muss. Wir sind gespannt, was da passiert.

Rechtskraft von Beschlüssen

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 22. Juni 2023, welche dem Referendum unterlagen, sind am 31. Juli 2023 in Rechtskraft erwachsen.

Neueingänge

Neueingänge für die heutige Sitzung habe ich keine.

Entschuldigungen

Für heute haben sich Ruby Ott-Häusermann, Martin Killias, Annette Sikyr, Doel Silva und Marcel Strelbel entschuldigt. Später eintreffend oder allenfalls auch entschuldigt ist Christoph Nyfeler. Er ist noch an einer Gerichtsverhandlung, bei der er nicht weiss, wie lange sie geht.

So viel zum Administrativen. Steigen wir ein in die Traktandenliste. Überführung Tagesstruktur in die städtische Verwaltung, Kredit Innenausbau und Erstanschaffung Bleiche, Einführung von einem Tagesschulmodell per Schuljahr 2025 oder 2026. Wer sich fragt, warum wir dies im Voraus behandeln, das liegt daran, dass da natürlich gewisse Entscheide einen Einfluss auf das Budget haben. Aus diesem Grund macht es Sinn, wenn wir diese und auch die nächste Vorlage bezüglich Bestattungs- und Friedhofreglement jetzt beschliessen.

2 Überführung Tagesstruktur in städtische Verwaltung, Kredit Innenausbau und Erstanschaffungen Bleiche, Einführung eines Tagesschul-Moduls per Schuljahr 2025/ 2026

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wie immer darf ich zuerst der GPFK das Wort geben, als Sprecherin Ivanka Basic.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende, es freut mich sehr, bekannte Gesichter im Publikum zu sehen. Wir sind uns hoffentlich alle einig, dass es ein gutes Tagesschulangebot in Lenzburg braucht. Familie und Beruf muss vereinbar sein. Dies ist auch ein Vorteil für den Standort Lenzburg und zudem fördert es auch die Chancengleichheit der Kinder. Wir von der GPFK bedanken uns beim Verein Tagesschule für die Initiative, welche der Start der Auseinandersetzung gewesen ist für den Stadtrat. Die Vorlage wurde uns vom Stadtrat sehr übersichtlich, nachvollziehbar und gut strukturiert vorgelegt. Sie zeigt auch, dass sich der Stadtrat sehr gut mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Er hat verschiedene Themen wie die Trägerschaft, Finanzen, Personal, Räumlichkeiten und auch verschiedene Varianten geprüft. Zudem hat uns Stadträtin Barbara Portmann an der Infoveranstaltung Ende August die Vorlage nochmals nähergebracht und so ist vorgesehen, dass das Tagesschulmodul im Sommer 2025 eingeführt wird.

Eckpunkte der Vorlage ist die Überführung in die städtische Verwaltung. Die Flexibilität soll erhöht werden, also die Tagesschule oder die modulare Tagesschule soll bei der Regionalschule angesiedelt werden, was pädagogische Vorteile mit sich bringt und auch, dass die Module flexibel buchbar sind. Es ist eine eigene Leitung vorgesehen, welche auch Mitglied der Schulleitungskonferenz sein soll. Die Administration wird an die Schulleitung angegliedert was heisst, dass auch diese Ressourcen gebündelt werden und Synergien genutzt werden. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt - die Tagesschule wird wie bereits erwähnt, die Integration der Kinder fördern. Der Stadtrat hat sich auch mit den Finanzen auseinandergesetzt. Vorgesehen ist eine sogenannte Objektfinanzierung des Mittagstischs mit maximal CHF 15 pro Kind und Mittag. Das Kinderbetreuungsreglement muss deswegen angepasst werden. Die Tarife werden ähnlich sein wie diejenigen vom Verein Erziehung und Bildung. Maximal aber die Normkosten, welche die Fachstelle Familie des Kantons vorgibt. Ebenso ist die Mietkostenreduktion also Subventionierung der Mietkosten in der Vorlage beantragt. Infrastruktur Personal: Befristete Stelle von 20 Prozent plus CHF 15'000 für Projektarbeiten. Das ergibt einen Fehlbetrag von CHF 44'000. Das sollte laut Vorlage mit der zunehmenden Nachfrage reduziert werden können. Remo hat es schon erwähnt, es ist wichtig für die Planungssicherheit des Stadtrats, dass die Vorlage heute verabschiedet wird. Verschiedene Konzepte müssen noch gemacht werden, das Personal muss angestellt werden. Ein Anmeldeverfahren muss noch erarbeitet werden. Alles, was mit Finanzen zu tun hat, muss bis Juni 2024 klar sein.

Die GPFK hat in der Sitzung über verschiedene Themen diskutiert, z.B. die Notwendigkeit des Elternbeitragsreglements oder dem Kinderbetreuungsreglement. Dies wegen der Objektfinanzierung, welche ich vorher erwähnt habe. Dies ist die Weichenstellung für die Planung des Stadtrats. Die Subventionen der Mietkosten wurden diskutiert. Dort sieht man allenfalls einen Vorteil dieser Subventionen, da das Mehrwertsteuergesetz ab 1. Januar 2023 geändert wurde und allenfalls eine Möglichkeit besteht, dass dort etwas zurückgeholt werden kann. Dann wurde noch über die Infrastruktur diskutiert. Was passiert im Hünerradelhaus? Diesbezüglich werden verschiedene Gespräche mit dem Verein Erziehung und Bildung stattfinden. Wir von der GPFK bedanken uns noch einmal ganz herzlich beim Stadtrat und bei allen Mitarbeitenden, welche an dieser Vorlage gearbeitet haben und empfehlen dem Einwohnerrat die Vorlage einstimmig anzunehmen. Merci für die Aufmerksamkeit.

Corinne Horisberger (FDP): Liebe Ratskolleginnen und Kollegen, lieber Stadtrat werte Presse liebe Gäste, die FDP-Fraktion begrüsst die Vorlage ganz nach dem Motto: Was lange währt, wird endlich gut. Das Konzept oder das Modell der Tagesschule, welche der Verein erarbeitet hat, ist jetzt durch den Stadtrat, die Schule und die Verwaltung so weiterentwickelt worden, dass in Lenzburg schnellstmöglich eine Tagesschule eingeführt werden kann. Das Modul Tagesschule innerhalb der Tagesstrukturen ist grundsätzlich keine Tagesschule im eigentlichen Sinn, wie das beispielsweise in Baden der Fall ist. Doch findet unsere Fraktion, dass das Modul Tagesschule eine gute Idee ist, weil eine Tagesschule mit dieser Vorgehensweise in Lenzburg organisch wachsen kann und kein exotischer Körper im normalen Schulbetrieb darstellt. Bleiben wir aber mutig und schauen, dass wir in Zukunft Massnahmen ergreifen können, damit unsere Modultagesschule ein Erfolg wird und daraus eine Tagesschule entstehen kann. Noch eine kleine Randbemerkung zu den Finanzen. Die FDP begrüsst die Objektfinanzierung der Miete und vom Mittagstisch. Für den Mittagstisch ist gemäss der Vorlage der Stadt ein subventionierter Elternbeitrag von CHF 15 vorgesehen. Die direkte Subvention von Seiten der Stadt wird von der FDP begrüsst. Die CHF 15 Franken sind nach Rücksprache mit dem Stadtrat aktuell noch nicht vollumfänglich sakrosankt, sondern müssen im Elternbeitragsreglement noch festgehalten werden, welches uns im Einwohnerrat in den kommenden Monaten wiederum zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

Uns ist es wichtig, dass das Tagesschulmodul für einkommensschwächere Familien nicht teurer kommen darf als das bestehende Angebot der Tagesstrukturen, wenn man dies vollumfänglich nutzt.

Es sind keine finanziellen Anreize für das Paket Modul Tagesschule vorgesehen. Darum ist es uns wichtig und wir erwarten, dass die Schule mit ihrem Versprechen, dass alle Kinder, welche das Tagesschulmodul besuchen, auch wirklich zusammen in eine Klasse eingeteilt werden und Betreuungspersonen mit hohen Arbeitspensen auch tatsächlich diesen Klassen zugeteilt werden. Nur so kann sich in diesen Klassen eine Einheit bilden und das Tagesschulfeeling sozusagen entwickeln.

Schlagen wir heute den Grundpfeiler ein für eine zukunftsorientierte Bildung und Betreuung in Lenzburg. Die FDP-Fraktion ist einstimmig dafür.

Janine Pfister (SP): Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Damen und Herren beider Räte, geschätzte Medienleute und Gäste, lieber Sascha, die Tagesschule in Lenzburg rückt näher. Der Stadtrat möchte eine modular wählbare erweiterte Tagesstruktur anbieten und diese unter dem Dach der Regionalschule verankern. Die erarbeitete Variante gefällt uns und sie passt zu Lenzburg. Sie ist auf die Primarschulgrösse von heute mit 593 Schülern und Schülerinnen und 197 Kindergartenkinder und die heute vorhandenen und geplanten Schulräume zugeschnitten. Sie zeichnet sich

vor allem durch eine hohe Flexibilität aus. Die Eltern können frei wählen, wann sie für ihre Kinder Betreuung brauchen und sie können das jährlich oder halbjährlich anpassen.

Unterricht, Betreuung, Mittagstisch und Hausaufgabenhilfe werden zusammengezogen und unter einem Hut geführt, was die Zusammenarbeit vereinfacht und intensiviert. Das macht Sinn. Somit wäre der Kommunikationsweg zwischen Elternhaus, Lehrpersonen, Betreuungspersonen und Kinder kurz, klar und einfach. Durch das Modell entsteht keine private Eliteschule, wovon man etwas Angst gehabt hat, sondern die Schüler und die Schülerinnen, welche das Angebot vom Tagesschulmodul nutzen sind alle am gleichen Ort wie die anderen auch. Es ist keine Tagesschule, hat aber einen solchen Charakter und ist für Lenzburg das richtige realistische Modell und es ist umsetzbar.

Die Kosten von jährlich rund CHF 300'000 scheinen uns tragbar für eine moderne Schule in einer bildungsnahen Stadt wie Lenzburg. Wir von der SP und Grünen sind mit der Vorlage einverstanden. Der Antrag 4, wo es um die Kosten vom Mittagstisch geht, hat noch zu Diskussionen geführt dazu dann später. Besten Dank.

Cécile Kohler (Die Mitte): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Stadtrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende, die Mitte und die EVP-Fraktion freuen sich sehr über die Vorlage zur Überführung der Tagesstruktur in die städtische Verwaltung und die Einführung eines Tagesschulmodells inkl. den damit verbundenen Kredit. Gerne kann ich bereits vorwegnehmen, dass wir die Vorlage einstimmig unterstützen werden. Die Motion der FDP, CVP, EVP und BDP vom 6. Dezember 2019 wird zu einem grossen Teil umgesetzt. Wir danken auch dem Verein Tagesschule Lenzburg für sein grosses Engagement. Eine Tagesschule mit gut ausgebauten und professionellen Tagesstrukturen fördert die Standortattraktivität. Dies ist auch wichtig, um mit den Städten wie Aarau und Baden konkurrenzfähig zu bleiben. Sie sind ein wichtiger Teil zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und somit auch eine Massnahme gegen Fachkräftemangel. Durch den modularen Aufbau der Tagesstrukturen und auch der Tagesschule kann die Betreuung von schulpflichtigen Kindern massgeschneidert angeboten werden. Ein wichtiger Teil dabei ist auch die Überführung der Tagesstruktur von Privaten in öffentlich-rechtliche Hände. Dadurch ist die Implementierung in die Schulstrukturen und die entsprechende Qualitätssicherung gewährleistet, Schnittstellen fallen weg und vor allem sind die Bedürfnisse der Kinder besser gewährleistet, man kann besser auf sie eingehen und dass die Kinder, welche die Tagesschule besuchen in einem Klassenverband sein können. Absolut richtig und wichtig ist die Reduktion der Mittagstischkosten von über CHF 20 auf CHF 15 und dies unabhängig des Einkommens. Damit wird auch der Motion von Die Mitte (damals CVP) nachgekommen, welche man vor fünf Jahren eingereicht hatte. Jetzt sollen sich alle Familien unabhängig vom Betreuungsmodell den Mittagstisch leisten können. Als Nebeneffekt von der Tagesschule und vergünstigtem Mittagstisch können voraussichtlich auch höhere Steuereinnahmen generiert werden. Die können noch nicht beziffert werden. Klar ist aber, dass steuerliche Mehreinnahmen resultieren werden. Die Kosten für die Umsetzung der Tagesschule und die Integration der Tagesstruktur in die städtische Verwaltung sind aus Sicht von Die Mitte und EVP absolut moderat und gut vertretbar. Die Fraktion von Die Mitte und EVP wird der Vorlage zustimmen.

Corin Ballhaus (SVP): Werter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Medienschaffende, liebe Gäste, was meinen Sie, welche drei Themen beschäftigen Familien im Moment am stärksten. Ich nehme es vorweg, es ist weder Schule noch externe Familienbetreuung. Eine Studie, von der pro Familia, hat das gerade veröffentlicht. Es sind die Krankenkassenprämien, es ist die Gesundheit und es sind die Wohnkosten. Immerhin Schule und Bildungspolitik kommt schon auf Platz 4. Externe Familienbetreuung auf Platz 13 von 20.

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und allen, die da mitgewirkt haben für die umfassend ausgearbeitete Vorlage. Sie ist nachvollziehbar, die Optionen, welche zur Verfügung stehen, diejenigen welche gewählt wurden und die vorgeschlagene Modellwahl. Wir begrüßen, dass der Stadtrat dem modularen Modell den Vorrang gegeben hat gegenüber einer Insellösung und dazu die Tagesstrukturen in die Schulverwaltung integriert. Für uns macht es Sinn, dass die Eltern ihre Kinder nicht für die gesamte Schulzeit anmelden müssen. Uns ist bewusst, dass es herausfordernd sein wird, das modulare Modell zu bewirtschaften. Wir wünschen uns aber, dass die Administration so weit wie möglich technisch unterstützt wird und nur so viele Stellen wie absolut notwendig sind dafür geschaffen werden müssen. Kritisch sehen wir die Kapazitäten vom Mittagstisch. Bevor der Auftrag an den VEB erteilt wurde, hat der Mittagstisch schon einmal CHF 15 gekostet und wurde damals von 130 Kindern besucht. Uns wurde aber bestätigt, dass ein Bedarf von mehr als von den erwarteten 164 Kindern aufgefangen werden könnte. Wir hoffen ausserdem, dass von diesen Investitionen, welche für die Ansiedlung der Tagesstrukturen im Hünenwadelhaus getätigt werden mussten und nicht vom VEB übernommen wurden möglichst vieles dann auch wieder verwendet werden kann in der Bleiche.

Falls sich abzeichnen sollte, dass die Stadt einen Wechsel zu der gebundenen Tagesschule in Betracht zieht, wünschen wir uns, dass das nicht einfach fliessend erfolgt, sondern dass wir zu diesem Zeitpunkt wieder hier über eine Vorlage befinden können.

Die SVP-Fraktion unterstützt die heutige Vorlage und hofft, dass sich dann die Kosten tatsächlich in diesem Rahmen bewegen werden, wie sie sich jetzt präsentieren, wenn man hier in einem Jahr wieder über das Budget berät. Danke.

Regula Züger (Grüne): Geschätzte Anwesende, geschätzte Mitglieder von beiden Räten, wir von den Grünen begrüßen diese Vorlage auch und sind sehr angetan von dieser Variante, welche man ausgesucht hat. Wir haben eigentlich gar nichts dagegen. Trotzdem möchte ich einen Änderungsantrag anbringen. Und zwar haben wir uns in den Detail-Diskussionen überlegt, wie das konkret aussieht für die Familien, welche wirklich tiefe Einkommen haben und sagen wir jetzt einmal 2 Kinder haben. Sind diese Familien bereit, die CHF 15 bzw. CHF 30 pro Mittagessen zu bezahlen? Ich bin sehr dafür, dass das Essen einen Wert hat, also dass man Essen wertschätzt, und ich finde CHF 15 ein guter Preis oder man könnte auch noch mehr verlangen, weil die Leistung welche man bekommt für die CHF 15, die 1.5 Stunden Betreuung und ein richtiges Essen, das ist ein sicherer Wert. Aber angesichts dessen, dass dann genau die Leute, welche vielleicht sehr tiefe Einkommen haben und vielleicht eher randständige Kinder herauskommen, dass die sich dann überlegen, ob sie CHF 5 oder CHF 10 für ein Mittagessen ausgeben möchten. Oder ob sie tatsächlich bereit sind für 2 Kinder CHF 30 zu zahlen. Auch wenn es gerechtfertigt wäre, hat das uns dazu bewogen, einen Änderungsantrag zu stellen. Wir bitten darum, dass man den Antrag so ändert, dass der Mittagstisch analog den anderen Modulen auch einkommensabhängig abgerechnet wird und dass man den Maximalbeitrag bei CHF 15 deckelt.

Wie man das abstuft, da wäre dann der Stadtrat gefordert, dass man das in einem sinnvollen Rahmen macht. Es ist nicht die Idee, dass jemand nichts zahlen muss. Das Essen und die Betreuung haben einen Wert und das soll sich auch widerspiegeln. Wir haben uns einfach in der Diskussion überlegt, wenn jemand wirklich CHF 4'500 - CHF 5'000 Familieneinkommen hat und darauf angewiesen ist, dass die Kinder allein Essen, dass das genau diese Kinder sind, die aus dem Netz fallen. Dass die dann trotzdem einfach zu Hause irgendwo herumlungern oder bei der Migros oder beim Denner

irgendein Sandwich kaufen müssen für CHF 2-3 und eine Cola. Aber noch einmal ein grosses Danke für diese Vorlage. Wir von den Grünen finden es eine sehr schöne Vorlage.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Nun liegt ein Änderungsantrag vor, über den würden wir jetzt abstimmen. Der Antrag ist schriftlich noch konkretisiert worden, dass man das Budget um maximal CHF 25'000 erhöhen würde für die zusätzliche Subventionierung. Also dass man nicht mehr über CHF 193'000, sondern über CHF 218'000 unter dem Antrag 4 gutheissen würde für die Subventionierung des Mittagstischs. Wir würden jetzt also über den Änderungsantrag debattieren. Wenn es dazu keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dafür ist, dass der Mittagstisch analog von den anderen Modulen einkommensabhängig gestaltet wird, aber auf dem Maximalbetrag von CHF 15 gedeckelt bleibt und dafür das Budget um CHF 25'000 erhöht wird, also von CHF 193'000 auf CHF 218'000, soll das Bezeugen mit aufstehen.

Abstimmung

Der Antrag ist angenommen worden mit 22 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Dann würden wir wieder über das Geschäft vom Stadtrat mit dieser Änderung beraten. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Saal?

Das scheint nicht der Fall zu sein, dann kommen wir zu der Abstimmung über das ganze Geschäft. Ich entnehme aus den Wortmeldungen, dass grundsätzlich dem ganzen Geschäft gegenüber einer positiven Haltung vorhanden ist und ich würde vorschlagen, dass man über sämtliche Anträge gemeinsam abstimmt. Falls da jemand dagegen ist, würde ich alles einzeln machen. Gibt es da ein Veto? Wir machen dies also alles zusammen. Die Anträge sind auf Seite 12 der Vorlage zu finden. Der Stadtrat beantragt grundsätzlich folgendes, wobei die einzelnen Anträge teilweise voneinander abhängig sind:

Die die Tagesstrukturen werden auf das Schuljahr 2025/26 städtisch geführt. Auf Schuljahr 2025/26 wird ein Tagesschulmodul gemäss den Ausführungen im Kapitel 2 der Vorlage eingeführt. Die Aufgabenhilfe wird auf das Schuljahr 2025/26 in die Tagesbetreuung integriert. Für den Mittagstisch wird ein einkommensabhängiger Tarif mit einem Maximalbetrag von CHF 15 pro Mittagessen und Kind verrechnet, was voraussichtlich jährliche Mehrkosten von 218'000 Franken auslöst. Die Mietkosten, für die durch die städtischen Tagesstrukturen genutzten Räumlichkeiten, werden so 50 Prozent in der Höhe von voraussichtlich CHF 50'000 pro Jahr subventioniert. Für die Projektarbeit wird eine befristete Stelle von zusätzlich 20 Prozent für das Jahr 2024, angegliedert bei der Schulleitung der Primarschule, bewilligt und für die Anschaffung von Mobiliar inklusive Spielsachen, Geschirr und Einbau einer Empore in der Bleiche wird ein Kredit von CHF 220'000 Franken bewilligt. Wovon schon CHF 130'000 im Zusatzkredit für die Sanierung der Bleiche belehnt wurden. Wer diesen Anträgen zustimmen kann, soll das bitte bezeugen mit Aufstehen.

Abstimmung

Die Anträge werden einstimmig genehmigt.

3 Bestattungs- und Friedhofreglement, Revision 2023, Genehmigung

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ausnahmsweise haben wir 2 Sprecher von der GPFK: Corin Ballhaus wird mit einer Kontraposition beginnen, dann wird Thomas Schaefer die Proposition vortragen.

Corin Ballhaus (SVP): Die Antwort wieso ausgerechnet in der heutigen Sitzung, welche sonst schon mit gewichtigen Traktanden bestückt ist, auch noch diese Revision traktandiert werden musste ist uns der Stadtrat schuldig geblieben. Im Mai ist eine Einwohnerratssitzung ausgefallen, weil wir keine beschlussfähigen Traktanden gehabt haben. So hat der Stadtrat also mindestens seit dem Frühling Zeit gehabt, eine Vorlage auszuarbeiten, welche uns einen qualifizierten Entscheid ermöglicht hätte. Das erachten wir im vorliegenden Fall als nicht erfüllt.

Wir haben Verständnis dafür, dass der Stadtrat zukünftig seinen Entscheidungs- und Handlungsspielraum bei der Durchführung von Bestattungen vergrössern möchte, indem er das Reglement verschlankt und ergänzend eine Verordnung einführt. Auch wenn er fast 20 Jahre lang mit der bisherigen Version leben konnte, welche jetzt mit dem Prädikat lückenhaft, unpräzise, sperrig und unklar bezeichnet wird. Die Prädikate lassen sich allerdings ohne weiteres auch auf die Vorlage anwenden.

Wir haben auch Verständnis dafür, dass die Grabesruhe von 25 auf 20 Jahre verkürzt werden soll. Ebenso nehmen wir zur Kenntnis, dass sich die Beisetzungskultur verändert hat und offenbar immer mehr Urnenbeisetzungen nicht auf dem Friedhof Rosengarten erfolgen, oder Angehörige die Urne von Verstorbenen mitnehmen, wenn sie von Lenzburg wegziehen. Das muss man jetzt so glauben, denn Zahlen dazu haben wir nicht bekommen. Überhaupt hat es der Stadtrat nicht für nötig empfunden, uns eine Zahlengrundlage zu liefern, welche eine qualifizierte Betrachtung ermöglicht hätte. So wissen wir nämlich nicht wie sich die Zahl der Todesfälle seit 2004, da wurde das Reglement das letzte Mal revidiert, entwickelt hat. Ebenso wenig wissen wir, wie sich in diesem Zeitraum die Zahl der Erdbestattungen im Verhältnis zu den Kremationen entwickelt hat. Auch wissen wir nicht, wie viele Auswärtige auf dem Friedhof Rosengarten beigesetzt werden wollten. Die Vorlage gibt auch keine Auskunft darüber, welche Grabarten in welchem Ausmass gewählt worden sind und wo allenfalls Bedarf für neue Grabfelder entsteht. Wir hoffen, der Masterplan, der seit 1999 für die Weiterentwicklung vom Friedhof Rosengarten besteht, sei besser damit bestückt.

Nicht einmal was eine Kremation oder was eine Erdbestattung kostet, lässt sich aus diesen Unterlagen vernünftig herauslösen. Auf die Intervention der GPFK hat der Stadtrat diese Woche noch einen kleinen Teil von Zahlen nachgeliefert. Dies hat allerdings für mehr Verwirrung als für Klarheit gesorgt. Einzelne Zahlen haben dann wieder nicht mit denen übereingestimmt, welche uns in der Sitzung genannt wurden. Wie sollen wir so beurteilen, ob es opportun ist, dass die Stadt Kremationskosten für verstorbene Einwohnerinnen und Einwohner künftig generell nicht mehr übernehmen will. Die einzige Zahl, welche uns die Vorlage dazu liefert, sind Gesamtkosten von CHF 60'000 welche 2022 angefallen sind. Was allerdings auf Dauer vor 20 Jahren auch nur eine Momentbetrachtung ist. Die Abschaffung der Subventionierung begründet der Stadtrat damit, dass sich die Kremation etabliert habe und nicht mehr gefördert werden müsse. Was er aber verschweigt, dass die Subventionierung 2004 in erster Linie eingeführt wurde, weil damit eine Ungleichbehandlung zwischen Erd- und Feuerbestattung hätte beseitigt werden sollen. Die Förderung der Kremation aus Platzgründen ist seinerzeit erst mit zweiter Priorität angeführt worden.

Jetzt sollen wir also wieder zurück zum Zustand von 2004, wo die Stadt die Kosten für die Beisetzung von Urnen und Särgen übernimmt, aber keine Kremationskosten mehr. Dies im Wissen, dass die Beisetzung von einem Sarg das Vierfache einer Beisetzung einer Urne kostet. Heute sieht der Stadtrat, in dem keine Ungleichbehandlung mehr.

Sein Argument, dass die Mehrkosten, die das Beisetzen von einem Sarg gegenüber der Beisetzung von einer Urne ausmacht, vermag in diesem Kontext genau so wenig zu überzeugen. Zumal das Reglement die Grabpflicht vorschreibt.

Auch bei einer Feuerbestattung braucht es einen Sarg und die Asche der Verstorbenen wird mindestens auf dem Friedhof auch nicht ohne Urne beigesetzt. Wir haben den Eindruck, dass sich der Stadtrat den Entscheid allzu leicht gemacht hat. Hat er sich zum Beispiel überlegt im Sinne von einer echten Gleichbehandlung einfach einen einheitlichen Betrag, pro verstorbene Einwohnerin und Einwohner festzulegen unabhängig von dieser Bestattungsart? Oder hat er sich überlegt, ganz auf eine Beteiligung der Bestattungskosten zu verzichten, um das angespannte Budget zu entlasten? Hat er sich überlegt, was mit seinem jetzigen Vorschlag für ein Eindruck in der Bevölkerung entsteht, welche ein Leben lang hier Steuern bezahlt hat. All das lesen wir nicht aus dieser Vorlage. Für tiefere Überlegungen hätten wir es auch für angebracht gehalten, die Nutzung vom Friedhof zu definieren. Der Friedhof ist jetzt im Reglement nicht nur als Stätte der Ruhe, Besinnlichkeit und stiller Erholung deklariert, sondern neu auch als Platz von Begegnungen, ohne dass das weiter ausgeführt wird. Das darf so bei denen die auf dem Friedhof schon einmal eine Begegnung mit rücksichtslosen Velofahrern, rasenden E-Scooter gehabt haben oder sich mit dem lauten Geschrei von spielenden Kindern oder eine Picknickrunde konfrontiert sahen, kaum Zustimmung finden. Für das wäre es bestimmt nicht falsch gewesen, die Themen vorgängig mindestens einmal mit der Gesellschaftskommission zu spiegeln. Oder sogar die Meinung der Bevölkerung mit einer Umfrage abzuholen, wie man das gemacht hat bei der Nutzung vom Wald. So repräsentiert der vorliegende Entwurf von Reglement und Verordnung leider eine rein interne Vollzugssicht, was wir für eine verpasste Chance halten, mit der Bevölkerung in Dialog zu treten. Obwohl sich der Stadtrat genau das in seinem Leitbild auf die Fahne geschrieben hat. All das hat einen Teil von der GPFK bewogen, die Vorlage in der vorliegenden Form zur Ablehnung zu empfehlen.

Thomas Schär (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, Corin hat als Sprecherin der Kontraktion in der GPFK die Vorlage und vor allem die heftig diskutierten Punkte gut vorgetragen. Es ist auch erwähnt worden, die Abstimmungen der GPFK sind eigentlich fast dreifach sehr knapp ausgefallen. Dreimal ja, dreimal nein, 2 Enthaltungen. Es hätte also sogar noch spannender werden können. Für einen Teil der GPFK ist die Diskussion zum Bestattungs- und Friedhofreglement ein bisschen weniger emotional gewesen als die Punkte, welche vorher aufgeführt wurden. Ein paar Dinge sind zu Recht bemängelt worden. Auch die Frage, ob das jetzt in die überfrachtete Sitzung von heute hineinmuss, kann man durchaus stellen. Der strittigste Punkt in der GPFK, welchen wir lange diskutiert haben, sind die unterschiedlichen Subventionierungen. Es wurde erwähnt die Beisetzung von Urnen oder Sarg und mit wie viel sich die Stadt daran beteiligt. Ja, man kann das so sehen, dass es um einen absoluten Frankenbetrag geht, welchen die Stadt zahlt, dann ist es eine unterschiedliche Subventionierung. Man kann es aber so sehen, dass die Stadt die Kosten übernimmt für die Beisetzung, dass das von der Stadt bezahlt wird und dass das gleichwertig ist, sei es ein Sarg oder eine Urne.

Corin hat es kurz erwähnt und ich möchte das auch noch einmal sagen. Es ist klar, dass die Kosten für eine Sarg Beisetzung höher sind. Das ist auch physikalisch, Objektgrösse und Aufwand, dieses

Vorgehen ist nachvollziehbar. Wenn man sich nur an dem stören würde, könnte man da durchaus einen Änderungsantrag bringen oder könnte das anders regeln.

Aus unserer Sicht ist der Teil, welcher die Stadt übernimmt, nämlich die Beisetzung, durchaus auch gleichwertig zu verstehen und schlussendlich ist es eine Entscheidung der Angehörigen oder allenfalls der verstorbenen Person, ob sie eine Urnenbeisetzung oder eine Erdbestattung wünscht. Es kommen dort noch andere Kosten dazu. Auch das ist kurz erwähnt worden und gerade die Pflege von einem Grab ist dann der viel grössere Punkt. Um diese Klammer noch kurz zu öffnen, auch das haben wir erwähnt und ist in der Diskussion in der GPFK ausgeführt worden, die Ungleichbehandlung der Kosten, wenn man alles zusammenzählt, was bis jetzt bezahlt wurde. Dann ist eigentlich die Urnenbeisetzung übersubventioniert worden. Man kann den Frankenbetrag in die eine oder andere Richtung ein bisschen anders auslegen.

Einige Punkte haben gefehlt in der Vorlage. Einige Punkte hat man allerdings auch gefunden in der Verordnung, welche dazu aufgelegt wurde. Andere Punkte sind in der Diskussion geklärt worden. Weniges, auch da muss ich Corin Recht geben, ist nachgereicht worden, nicht ganz klar und nicht ganz so wie wir es uns eigentlich gewünscht hätten.

Was aber uns, welche die Vorlage unterstützen, klar ist, ist was das Reglement und die Verordnung leisten müssen. Vieles wurde schon angesprochen und auch aus der Lenzburger Bevölkerung sind Wünsche an uns herangetragen worden was dieses Reglement zu erfüllen hätte. Wir Befürworter sehen es pragmatisch. Es klärt schlussendlich die wichtigen Punkte der Beisetzung auf dem Friedhof. Es geht nicht um Beisetzungen ausserhalb vom Friedhof oder den Beizug von Glaubensgemeinschaften. Die Geschichte um das Friedhofs- oder Begegnungen und Velo Fahrende müssen nicht in einem Reglement geklärt werden. In der GPFK-Sitzung wurde von Seiten Stadtrat folgendes deutlich gemacht. Das Reglement wurde so überarbeitet, dass diejenigen, die täglich mit diesem Reglement arbeiten und über lange Zeit alle zu klärenden Belange im Zusammenhang mit einer Reglements Revision gesammelt haben und tagtäglich in direkten Kontakt mit den Angehörigen stehen, dies im Alltag und in der Praxis anwenden können. Abschliessend auch noch ein Zitat aus der Vorlage: Diese Verordnung regelt die operativen Details wie Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung, Kosten von Bestattungen oder Vorgaben für Grabmale. Um das geht es schlussendlich, nicht mehr und nicht weniger. Zumindest für einen Teil der GPFK ist das die Einschätzung, dass man es anders sehen kann und allenfalls eine stärkere Gewichtung bei bestimmten Details vornehmen kann, ist durchaus nachvollziehbar.

Einiges davon könnte man aber auch mit Änderungsanträgen beeinflussen, eben der strittige Punkt der unterschiedlichen Subventionierung. Aber deswegen ein ganzes Geschäft zurückzuweisen, ist uns nicht schlüssig erschienen. Dies der vielleicht etwas nüchternere Blick auf die Vorlage von dem Teil von der GPFK, welcher dieser Vorlage zugestimmt hat.

Simona Minnig-Serratore (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen, geschätzte Medienschaffende und Gäste, von Seiten der FDP-Fraktion würden wir uns auch für eine Rückweisung aussprechen. Vorab ist festzuhalten: Grundsätzlich hat der Stadtrat mit dieser Revision und dem gleichzeitigen Erlass der konkretisierenden und wirklich sehr benutzerfreundlichen Verordnung eine sehr gute Stossrichtung vorgegeben. Wir schliessen uns aber dem Votum von Corin an, wenn Sie sagt, dass die Überarbeitung an mehreren Stellen einfach nicht ganz durchdacht oder fertig gedacht wirkt, beziehungsweise auch wesentliche nicht sachgerechte Änderungen eingefügt worden sind.

Um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, würde ich auch hier kurz darauf eingehen, dass auch die Aufhebung der Gleichbehandlung, welche 2004 extra eingeführt wurde, keine Rechtfertigung findet. Es geht wie gesagt nicht darum, die Urnenbestattung zu fördern, sondern darum eine Gleichbehandlung einzuführen. An diesem Anspruch hat sich nichts geändert. Auch im Zusammenhang mit den Zahlen, welche gefehlt haben. Das ist ein wichtiger Punkt, wenn man darüber redet, dass man jetzt Sachen einstellt oder nicht mehr zahlt. Diese Anregungen von Corin kann man so übernehmen. Man könnte das anders gestalten oder wenigstens fertig durchdenken. Auch gestört haben wir uns an der Anpassung von Paragraph 10, bei dem es darum geht, aus dieser Ruhestätte eine Begegnungszone zu machen. Es ist unlängst bekannt, dass der Durchgangsverkehr vereinzelt, immer wieder für Unmut sorgt bei den Friedhofsbesuchern. Stattdessen wäre es wünschenswert, wenn der Stadtrat die Bedürfnisse der betroffenen Personen abklären würde und in diesem Zusammenhang auch die gezielte Optimierung des angrenzenden Langsamverkehrs endlich in Angriff nimmt.

Wenn man schliesslich eine Modernisierung des Reglements beabsichtigt, weil es aktuell unklar und unpräzise sein soll, sollte man optimalerweise auch die gleichen Kernbegriffe verwenden wie die kantonale Bestattungsverordnung. Der übergeordnete Erlass und das aktuell geltende Reglement sprechen durchgehend von der Feuerbestattung. Neu will der Stadtrat das einfach nur den Begriff der Kremation verwenden. Das kann man selbstverständlich so machen, aber die Juristin in mir würde sich dafür stark machen, dass man dann das auch so konkretisiert, im Sinn von beispielsweise dem Paragraph 4 Absatz 2 der ergänzt zum Beispiel mit "der Begriff der Feuerbestattung ist nachfolgendem Begriff der Kremation gleichgesetzt". Wenn man die angestrebte Vereinheitlichung und Vereinfachung auch richtig und abschliessend umsetzt. Zusammengefasst sind wir der Ansicht, dass das Geschäft so nicht genehmigt werden kann, aber da die grundsätzliche Stossrichtung zu begrüssen ist, versuchen wir den Antrag auf eine Rückweisung zu unterstützen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke Simona. Noch eine Rückfrage oder Präzisierung. Bis jetzt hat die GPFK-Sprecherin auf Ablehnung plädiert aber auch aufgrund von deinem vorgängig eingereichten Antrag ist es jetzt ein Rückweisungsantrag, oder? Dann würden wir jetzt über den Antrag auf Rückweisung diskutieren und in dem Sinn nicht mehr über das ganze Geschäft.

Christina Bachmann (Die Mitte): Sehr verehrter Präsident geschätzte Mitglieder vom Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, liebe Gäste, liebe Medienschaffende, über den Tod und unsere Vergänglichkeit denken wir nicht so gerne nach und sprechen auch nicht so gerne darüber. Dieser Eindruck ist auch ein wenig entstanden, indem wir ein solches Friedhof- und Bestattungsreglement so schnell durchwinken sollten. Danke für den Rückweisungsantrag. Die Mitte und EVP werden diesen unterstützen. Es handelt sich hierbei um ein Thema, welches breiter diskutiert werden muss und eine gewisse Emotionalität zulassen muss. Man muss darüber reden, wie will ich bestattet werden? Wie soll dieser Platz gestaltet sein? Ist es ein Weg oder eine Ruhestätte? Wichtige Themen, welchen wir nicht ausweichen dürfen.

Für uns ist es ein überstürztes Reglement und wir wünschen uns einen Einbezug von breiteren Bevölkerungsschichten, der Gesellschaftskommission oder Vertretern der Glaubensgemeinschaften. Man soll Meinungen einholen, und zwar basierend auf einer Datengrundlage, welche heute nicht zur Verfügung steht. Deshalb unterstützen wir den Antrag und warten auf ein besseres Reglement. Merci vielmals.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke Christina gibt es weitere Wortmeldungen.

Thomas Schär (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, ich habe mich vorher für die pro Seite in der GPFK geäußert und eigentlich wäre von Seiten SP und Grünen-Fraktion keine Stellungnahme vorgesehen gewesen. Als ich aber die Argumente zusammengetragen habe, habe ich doch noch 2-3 Punkte gefunden, welche jetzt auch mit dem Rückweisungsantrag zum Teil korrelieren.

Es wäre keine Stellungnahme angesagt gewesen, weil wir eigentlich mit relativ wenigen Emotionen an das Geschäft hingegangen sind. Das Reglement und die Verordnung sind eben relativ pragmatisch. Es sind vorher gewisse Begriffe gefallen, welche durchaus berechtigt sind und eine Diskussion geführt werden soll. Ich störe mich ein bisschen an dem Begriff Begegnungszone. Also der Friedhof soll keine Begegnungszone sein. Das ist auch nicht so dringenden. Aber wenn man die neuste Entwicklung zum Beispiel in der Stadt Zürich anschaut, wo bewusst alle Friedhöfe geöffnet werden, und man sagt, das sind Orte, die auch Lebendige nutzen sollen, wo man zusammenkommen soll, weil dies auch meistens Orte sind, welche gute Aufenthaltsqualität haben, weil sie bepflanzt sind, weil sie grün sind, weil sie Bänke haben, kann man durchaus ein bisschen Weiterdenken, als dies vielleicht in der Vergangenheit der Fall war. Diese Diskussion kann man gerne führen, ob es die bei dem Reglement und der Verordnung braucht, dem ist ein Fragezeichen hinzuzufügen. Bei uns in der SP-Fraktion und bei den Grünen waren 2 andere Punkte noch wichtig. Diese könnten vielleicht mit der Rückweisung aufgenommen werden. Einerseits geben wir mit Reglement und der Verordnung dem Einwohnerrat ein gewisses Gewicht und eine gewisse Gestaltungsmöglichkeit an den Stadtrat ab. Das hat bei uns nicht alle gleich begeistert. Ein Teil möchte gerne die Einflussmöglichkeit behalten. Wenn man allerdings schaut, was dann wirklich definiert wird in dieser Verordnung ist das die Frage, ob das die Flughöhe des Einwohnerrats ist, und ob das sinnvoll ist, dass wir da wirklich mitreden oder – um es zu zitieren wie es in der Vorlage steht "um in Zukunft schneller auf Veränderungen reagieren zu können" – macht so eine Unterteilung von Reglement und Verordnung Sinn.

Wenn es eine Rückweisung gibt, würden wir begrüßen, wenn die Aufteilung beibehalten wird. Worüber wir länger diskutiert haben, und das führe ich jetzt aus, weil es allenfalls auch noch für den weiteren Verlauf des Abends eine Rolle spielt. Es geht auch um die Beisetzungskosten, wobei wir uns da weniger in die Haare bekommen haben.

Das enge Budget der Stadt möchte man nicht infrage stellen. Ob das Geld, welches jetzt in Bestatungen investiert wird, allenfalls an anderen Orten besser investiert werden könnte. Sodass eine grössere Zahl von noch Lebenden Lenzburgerinnen und Lenzburgern davon profitieren kann. Das ist bei uns ein Recht heiss diskutiertes Thema gewesen. Auch angesichts von gewissen Sachen, welche aus dem Budget herausgestrichen worden sind, welche uns wichtig wären, sie wissen um was es geht. Wir finden es an und für sich ein schönes Zeichen, dass die Stadt Beisetzungskosten übernimmt, aber wir fänden es genau so schön, wenn eben ein gutes und breites Angebot von der Stadt finanziert wird, welches einem grösseren Teil der Lenzburger Bevölkerung zugutekommt. Die Beisetzungskosten kommen ja meistens den Nachfahren zugute und nicht der verstorbenen Person.

Wir haben Stimmfreigabe beschlossen, zum Reglement selbst und sicher auch zu diesem Rückweisungsantrag. Danke für die Kenntnisnahme.

Michael Häusermann (SVP): Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Damen und Herren, es zeichnet sich da die Tendenz einer Rückweisung ab. Ich bin nicht unglücklich darüber, aber der Stadtrat sollte dann wirklich wissen, was er zu tun hat. Der eine Punkt, welcher mein Vorredner gerade angebracht hat, hat schon etwas. Sparen ist gut, darüber muss nicht diskutiert werden. Aber wenn der Stadtrat aus Spargründen am Friedhof ansetzt, dann soll dies der Stimmbevölkerung deutlich

mitgeteilt werden. Sollte dies der Fall sein würde es mich schon ein wenig befremden. Es ist nicht so, dass man auf dem Friedhof in den letzten Jahren das Geld mit vollen Händen ausgegeben hat. Die Friedhofplanung ist eine lange Geschichte und ist auch wieder abgebrochen worden. Die Aufbahnhalle ist schon lange in Planung und kommt nicht vorwärts. Vermutlich auch, weil nicht so viel Geld zur Verfügung steht. Ich möchte mich davon distanzieren, explizit die CHF 60'000 Sparmassnahmen zu nennen im Kontext mit dem Friedhof.

Was schon eingerissen hat in den letzten Jahren ist die Frequentierung mit den Velos. Es hat vielleicht auch mit verschiedenen Bautätigkeiten nebenan zu tun. Ich war da und bin fast ein bisschen erschrocken. Teilweise ist es fast eine Veloroute. Ich verstehe Leute nicht, welche auf dem Friedhof Velo fahren. Kinder und Erwachsene können absteigen und das Velo stossen. Ich möchte keinen geschlossenen Friedhof. Aber es wurde auch genannt. Der Friedhof ist ein Ort der Trauer und der Ruhe und kein Veloweg oder gar ein Spielplatz. Schön ist es zurzeit nicht da draussen. Aber das kann man regeln. Ein allgemeines Fahrverbot würde Abhilfe schaffen. Mit Ausnahme für den Friedhofgärtner und diejenigen welche Grabsteine setzen müssen. Aber sonst hat da niemand zu fahren.

Dies einfach als Ergänzung. Ich hoffe die Rückweisung kommt durch und wir sind gespannt was nachher kommt. Vielen Dank.

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren vom Einwohnerrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke oftmals für die Diskussionsbeiträge und auch Danke zum Voraus schon für die erste positive Einschätzung, dass man mit der Revision des Bestattungs- und Friedhofreglements und der Unterteilung in ein Reglement und eine benutzerfreundliche Verordnung eine gute Stossrichtung eingeschlagen hat. Grundsätzlich kann ich sagen, dass es dem Stadtrat in erster Linie wirklich darum ging, eine Anpassung des Reglements, eine Verschlankung und eine Vereinfachung vorzunehmen und eine benutzerfreundliche und kundenfreundliche Verordnung zu schaffen. Also ein pragmatischer Ansatz. Es war nie die Absicht vom Stadtrat eine umfassende Neuordnung des Friedhof Rosengarten anzustreben. Darum hat man auch auf die Todesfallzahlen und auf das Verhältnis zwischen Erd- und Feuerbestattungen verzichtet und nicht in Betracht gezogen. Auch der aktuelle Grabstellenbedarf inner- und ausserhalb vom Friedhof ist nie erhoben worden. Im Moment sieht der Stadtrat hier keinen Bedarf.

Ganz kurz noch zu dem neuen Paragraphen, welcher ergänzt wurde, dass dies auch ein Platz für Begegnungen sein soll. Das ist richtig der Friedhof ist ein Ort der Besinnung, ein Ort der Stille und ein Ort, wo die trauernden Angehörigen wirklich ihre Zeit und ihren Platz finden können. Aber es wurde ebenfalls erwähnt, es soll auch ein Ort sein für Begegnungen. Und zwar ein Ort, wo sich Leute begegnen können von gross bis klein und es ist nicht die Absicht, dass es eine Begegnungszone oder ein Spielplatz wird, sondern es soll ein Ort sein, wo Begegnungen auf vielfältige Art und Weise möglich sind. Es wurde gesagt, Leben und Tod gehören zusammen und dann gehören auch die Begegnungen dazu.

Ich denke, Christina hat es gesagt, die Auseinandersetzung, die muss man führen, ob man die hier eingehend geführt hat oder nicht das steht auf einem anderen Blatt. Aber es ist so, dass ein Friedhof die Möglichkeit bieten soll, dass man sich dort treffen kann, dass man sich dort begegnen kann, dass man sich dort auch austauschen kann. Das Velo-Thema, das wissen wir, dass das ein schwieriges Thema ist. Das Fahrverbot ist das eine, das andere ist aber nachher die Kontrolle und der Vollzug. Das gehört nachher auch noch dazu. Aber das Velo ist kein Thema für dieses Reglement, sondern das muss man auf einer anderen Stufe regeln.

Noch ein paar Worte zu der Gleichbehandlung oder eben Ungleichbehandlung von Erd- und Urnenbestattungen. Die Sichtweise vom Stadtrat ist die, dass man mit der Übernahme der Kremationskosten, diese Art von Bestattung finanziell unterstützt. Wir sind der Meinung, dass man jetzt eine Gleichbehandlung schafft, indem man sagt, alles, was vor der Bestattung stattfindet das ist in der Verantwortung und auch in den Kosten der Angehörigen. Die weiteren Kosten, welche auf dem Friedhof anfallen, werden in beiden Fällen weiterhin von der Stadt übernommen. Zudem gilt aus der Praxis noch anzumerken, dass in den meisten Fällen die Bestattung vom Verstorbenen im Voraus festgeschrieben wurde, und in den meisten Fällen ist das heutzutage Kremation. Die meisten Angehörigen zeigen sich überrascht bei den Todesfallgesprächen, dass die öffentliche Hand, also die Stadt, die Kremationskosten übernimmt, weil man damit gar nicht rechnet.

Zu diesen Todesfallgesprächen kann ich als Ergänzung sagen, dass die Leute, welche diese beim Bestattungsamt durchführen, immer wieder Komplimente und positive Rückmeldungen bekommen. Die Angehörigen werden in dieser Phase eines Todesfalls in unmittelbarer Nähe sehr gut betreut.

Der Stadtrat bittet sie den Rückweisungsantrag abzulehnen und das vorliegende Reglement zu genehmigen. Danke.

Andreas Schmid: Ich erlaube mir ein Votum, was eigentlich für das nächste Traktandum vorbereitet war aber thematisch auch hier passt. Es geht jetzt um einen Rückweisungsantrag und ein solcher Antrag löst Kosten aus und ich erlaube mir mit meinem Hut als Finanzminister einen Ausblick auf das nächste Traktandum zu machen. Die nächsten Traktanden Aufgaben- und Finanzplan, von welchem sie Kenntnis nehmen und das Budget, welches sie genehmigen dürfen. Ich denke wir haben im Aufgaben- und Finanzplan recht transparent dargelegt, wie es um die Finanzen der Stadt Lenzburg steht. Wir haben auch an der Informationsveranstaltung mit offenen Karten gespielt und es geht jetzt darum, Verständnis zu schaffen, wo die Herausforderungen sind und wo wir finanziell stehen. Zurzeit haben wir die Lösung noch nicht, um für die nächsten Jahre eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren, da müssen wir ehrlich sein miteinander, wenn wir das Volumen, welches wir investieren wollen, sehen. Wir reden da in den nächsten 5 Jahren von CHF 60 Millionen Investitionskosten, für Schulbauten, Strassen, welche vom Kanton vorgegeben sind, da können wir uns keinen defizitären Betrieb der Stadt erlauben. Sie sehen es im Aufgaben- und Finanzplan, ab dem nächsten Jahr haben wir einen defizitären Betrieb. Dieser wird von Jahr zu Jahr defizitärer. Wir haben euch zugesichert, dass der Stadtrat alle Hebel in Bewegung setzen wird, dies in den Griff zu bekommen, um einen Weg für ein ausgeglichenes Budget zu finden.

Aber wir müssen ehrlich sein dies geht nicht ohne, dass es am einen oder anderen Ort weh tun wird. Wir werden innerhalb der Stadtverwaltung natürlich mit den Fachleuten auch schauen, wo wir effizienter werden können. Wo können vielleicht gewisse Dinge anders gemacht werden. Wir werden die Organisation Stadtverwaltung Lenzburg durchkämmen und schauen wo liegt welches Potential. Aber wenn wir sehen welche Beträge wir suchen, wird das ohne einen Leistungsabbau in den nächsten Jahren nicht gehen. Und ja, man kann sagen das mit dem Bestattungs- und Friedhofreglement ist ein Leistungsabbau, ein Abbau von Service Public, welcher der Stadtrat dem Einwohnerrat beantragt. Man darf das gut oder schlecht finden. Aber wenn wir gemeinsam, und der Stadtrat will das gemeinsam und ohne Steuerfusserhöhung, einen gesunden Finanzhaushalt haben möchten, dann müssen wir in den sauren Apfel beißen. Mir ist es ein Anliegen, dass wir ehrlich sein können und miteinander auf Augenhöhe diskutieren können. Ja, manchmal tut es weh und das ist unschön und manchmal muss man verzichten. Dies will ich an dieser Stelle einfach auf den Weg geben. Es werden

noch weitere Anträge und Geschäfte kommen, ich werde mich nicht wiederholen. Ich habe gesagt, was ich sagen wollte, Danke schön.

Corin Ballhaus (SVP): Ich möchte noch einmal eine Lanze für den Rückweisungsantrag sprechen. Der gibt nämlich genau die Chance, dass man das einmal anschaut, soll man es überhaupt unterstützen. Jetzt sagen wir im Grunde ja zu etwas, was nach wie vor unterstützt wird und die Stadt Geld kostet. Ich finde, das gibt nochmal die Gelegenheit, das wirklich zu hinterfragen, ob man dies weiterhin unterstützen soll.

Chantal Toker (GLP): Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen ich finde, es ist verständlicherweise ein schwieriges und auch ein sehr emotionales Thema. Ich bin aber persönlich der Meinung, dass wir jetzt ein Reglement brauchen für die operativen Tätigkeiten und dieser Vorschlag haben wir in der GLP als okay befunden. Es sind jetzt viele Themen geäußert worden, welche legitim und welche auch emotional sind. Man kann dies sicher in der Gesellschaftskommission mal angehen aber ich persönlich denke nicht, dass man die emotionalen Komponenten oder ein Verhalten auf dem Friedhof jetzt in diesem Reglement abdecken kann als ganzheitliches Werk, in dem nachher jedes Detail geregelt ist.

Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende einfach der Form halber nimmt es mich jetzt mal Wunder. Ich stelle jetzt den Änderungsantrag, dass der Zuschuss, der jetzt noch drin ist, gestrichen wird und der Zustupf der Stadt völlig entfällt, weil mich das doch wirklich wundert, wie das jetzt hier entschieden wird.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Nehmen wir auf, stellen wir aber zurück. Wir müssen zuerst über den Rückweisungsantrag fertig debattieren, das können wir nicht parallel zueinander machen. Gibt es zum Rückweisungsantrag noch weitere Wortmeldungen. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann würden wir jetzt über den Rückweisungsantrag abstimmen.

Wer unterstützen kann, dass das Projekt zur Wiederbearbeitung und Präzisierung aufgrund der heutigen Worte an den Stadtrat zurückgewiesen wird, soll das bitte bezeugen mit Aufstehen.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag wird mit 19 Ja-Stimmen zu 14 Nein Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

4 Aufgaben- und Finanzplanung 2024 bis 2028

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Francis Kuhlen ist der Sprecher der GPFK.

Francis Kuhlen (FDP): Mir ist nicht bekannt, wer die Reihenfolge der Traktandenliste der heutigen Einwohnerratssitzung vorgeschlagen, resp. festgelegt hat. Auf jeden Fall hat diese Person ein psychologisches Gespür dafür, wie Einwohnerräte vorbereitet werden sollen auf dunkle finanzielle Wolken, die am Horizont erscheinen. Während auf der einen Seite für das Jahr 2024 ein nahezu

ausgeglichenes Budget präsentiert wird, wird die Freude darauf sofort durch die Aussicht auf die abschliessenden Jahre getrübt.

Aber zuerst kommen wir zur Aufgaben- und Finanzplanung für die Jahre 2024 bis 2028. Und da schauen wir als Erstes auf die Planerfolgsrechnung. Da sehen wir, dass das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von knapp CHF 3 Mio. auf CHF 4.2 Mio. wächst in den Jahren 2026, 27 und 28. Von 2025 an kann das Betriebsdefizit nicht mehr kompensiert werden und es resultiert nach Finanzplan einen wachsenden operativen Verlust. Nun habe ich in diesem Zusammenhang etwas Geschichtsforschung gemacht. Ich habe mir für die 8 vergangenen Betriebsjahre, d.h. von 2015 bis 2022 die Zahlen des Ergebnisses aus betrieblicher Tätigkeit etwas genauer angeschaut. Da stellt man fest, dass das Resultat schwankt zwischen einem Defizit von CHF 2.2 Mio. im Jahr 2021 und einem Überschuss von rund CHF 3.0 Mio. im Jahr 2020. Auch im Jahr 2015 wurde ein Überschuss von CHF 0.78 Mio. und ein Jahr später ein Defizit von rund CHF 0.8 Mio. ausgewiesen. Die Streubreite liegt demnach innerhalb von +/- 5 % des Gesamtbudgets. Im Durchschnitt resultierte über die 8 Jahre ein Plus von CHF 0.8 Mio. Aus der Vergangenheit ist ein Trend nicht erkennbar. Noch interessanter wird es, wenn man die Differenz zwischen Budget und Rechnung für das Betriebliche Ergebnis veranschaulicht. Mit Ausnahme von 2016 und 2017, wo das Budget knapp nicht erreicht wurde (CHF 0.24, resp. CHF 0.4 Mio.), wurde im Jahr 2020 und 2022 ein um CHF 4 Mio. besseres Ergebnis als budgetiert eingefahren. Die durchschnittliche Abweichung vom Budget betrug demnach CHF 1.8 Mio.

Was lernen wir daraus:

Das Budget und der Finanzplan sind ein Plan, der mit vielen Unwägbarkeiten behaftet ist und es ist keine exakte Wissenschaft. Terminliche Verschiebungen von Projekten und unvorhergesehene Ereignisse erzeugen die markanten Abweichungen. Wichtig sind Termintreue bei Projekten und Reserven für Unvorhergesehenes. Hier machen uns oft verschobene Projekte oder deren verzögerte Ausführung grosse Sorgen. Eine sorgfältige Projektplanung sind zwingende Voraussetzungen. Die stetige Zunahme des betrieblichen Defizits muss der Stadtrat aufmerksam verfolgen. Sie weisen mit grosser Wahrscheinlichkeit auf ein strukturelles Problem der Verwaltung hin. Der Stadtrat hat in der Sitzung mit der GPFK explizit betont, dieses Problem erkannt zu haben und mit hoher Priorität anzugehen. Was bedeutet das für uns Einwohnerräte. Wir müssen verstehen, dass in den nächsten Jahren kein Platz im Budget vorhanden ist für nicht dingende Wünsche, insbesondere nicht für zusätzliche Stellen, die eine jährlich wiederkehrende finanzielle Belastung generieren. Eine andere, aber nicht weniger gewichtige Sorge ist die rasante Zunahme der Verschuldung, die zu einer Verschuldung von über CHF 3'300 pro Einwohnerin/Einwohner führt und nach kantonaler Lesung nicht mehr als «normal» betrachtet wird. Hier leiden wir zunächst wohl unter der fehlenden Schulplanung der Vergangenheit, wo jetzt ein Aufholen absolut notwendig ist. Sparen ist hier schlicht nicht möglich. Die Schulprojekte sind ein «Muss». Die rasante Verschuldung ist auch eine Folge des geringen und unbefriedigenden Eigenfinanzierungsgrads. Noch grösser wird die Sorge, wenn wir überlegen, was nach der Planperiode im Jahr 2028 noch auf die Stadt als unvermeidbar zukommt: Freiämterplatz (Kanton in Führungsrolle), Bahnhofareal, Werkhof, usw. Den Stadtrat haben wir gebeten die Projekte im Finanzplan klar zu priorisieren nach «Muss», «Sol» und «Wunsch». Und man muss sich die Frage stellen, wie wir zu einem höheren Selbstfinanzierungsgrad kommen. Soweit zur Aufgaben- und Finanzplanung. Wir können hier nicht darüber abstimmen, sondern das nur zur Kenntnis nehmen. In dem Sinn formuliere ich es so. Die GPFK nimmt die Aufgaben- und Finanzplanung 2024 bis 2028 mit grosser Sorge zur Kenntnis und weil unser Kollege Christoph Nyfeler noch nicht da ist, kann ich auch

noch hinzufügen mit eben so viel Sorge nimmt die FDP von dieser Aufgaben- und Finanzplanung Kenntnis. Vielen Dank.

Thomas Schär (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, auch wenn es nur zur Kenntnisnahme ist, ist die Aufgaben- und Finanzplanung doch ein wichtiges Dokument und Instrument. Wie es Francis vorhin erwähnt hat, macht diese Reihenfolge absolut Sinn in dieser Sitzung, ich hoffe das wird so beibehalten. Es ist nämlich interessant, es ist vom Vorredner auch schon angetönt worden, vielleicht sogar ein wenig mit Ehrfurcht. Wie vom Stadtrat im Dokument erwähnt, steigen die nicht beeinflussbaren Ausgaben noch einmal stark an und das wird den Handlungsspielraum der Stadt weiter einschränken. Auch Andi Schmid hat dazu schon Stellung genommen.

Wir sind uns dem bewusst und sehen das gleich. Wir möchten aber trotzdem darauf hinweisen, dass nicht nur reagiert, sondern auch agiert werden soll. Wir Räte hier im Saal sind von der Bevölkerung gewählt, ihre Interessen zu vertreten. Die Interessen können weit auseinandergehen, von Steuer-senkungen bis zu einer weiterhin sehr lebenswerten Stadt. Dazu nur ein paar Stichworte wie Klima-veränderungen, Alterung der Gesellschaft. Ideal wäre natürlich eine Kombination. Steuerfuss runter, lebenswert nach oben aber der Fünfer und das Weggli das geht nicht. Wir können aber versuchen, einerseits den Gürtel enger zu schnallen, andererseits aber auch genau hinzuschauen und zu hinterfragen. Die richtigen Investitionen zahlen sich nämlich aus. Sei es in Lebensqualität oder auch finanziell. Trotz engem Gürtel lässt sich noch agieren und unsere Stadt gestalten. Mit dem Kopf im Sand dagegen ist das nicht möglich. So ein Verhalten wäre schädlich und kontraproduktiv. Zwischendurch ein wenig Zähneknirschen ist durchaus auch angebracht.

Wir begrüßen es darum aus Sicht der SP und Grünen, dass der Stadtrat einleitend geschrieben hat im Nachgang an den Budgetprozess 2024 mit sämtlichen Führungsverantwortlichen vertieft die finanzielle Situation der Stadt Lenzburg zu beurteilen. Dabei sollen Punkte wie zukünftiges Dienstleistungsangebot, Auswirkungen, Entwicklung, nicht beeinflussbare Ausgaben, Legislatur Ziele, Prüfung über Erhöhung der Gebühren sowie zukünftige Investitionen besprochen und womöglich Lösungsansätze definiert werden. Das Ziel ist, den Handlungsspielraum für die Stadt wieder ausbauen zu können. Das klingt vernünftig, das unterstützen wir. Viele von diesen Punkten können wir hier im Einwohnerrat auch direkt beeinflussen. Was sind unsere Wünsche? Wo bringen wir Änderungen an? Welche neuen Ideen bringen wir ein? All das hat Auswirkungen. Das ist bei der vorherigen Diskussion schlussendlich auch Thema gewesen.

Es macht Sinn, dass wir uns dem wieder bewusster und vielleicht angesichts der angespannten Ausblicke ein bisschen bescheidener werden. Aber wir haben auch einen Auftrag, welchen es umzusetzen gilt. Wir üben zum Beispiel in der GPFK eine prüfende Rolle aus und weisen auf Unzulänglichkeiten hin und bringen hoffentlich auch Verbesserungsvorschläge. Andererseits bringen wir uns hier im Rat aktiv ein und gestalten die Stadt mit den Prioritäten unserer Parteien, welche ja gut auch die Breite der Lenzburger Bevölkerung abdecken. Da den Gürtel enger schnallen ist okay, den Kopf in den Sand zu stecken nicht. Wir danken darum dem Stadtrat einmal mehr für den Ausblick, was die kommenden Aufgaben und Finanzen angeht. Ein Nettoinvestitionsvolumen von doch rund 60 Millionen Franken, dem muss man sich bewusst sein. Einige Punkte in dem Ausblick sind aber wenig überraschend und auch gut nachvollziehbar. Die beständigen Investitionen in unsere Infrastruktur, die Bildung wurde genannt, aber es geht auch um andere Wertsachen, welche wir geschaffen haben und welche wir gut unterhalten. Andere sind ein bisschen überraschend, zum Beispiel das Stichwort Ferienhaus Samedan, was dazu drinsteht und anderes ist bei weitem noch nicht definitiv. Zum Beispiel grössere Strassenprojekte oder Verlängerungen. Aus der Erfahrung, das hat der Vorredner

auch gesagt, wissen wir, dass rund 1/3 der Projekte nicht oder erst später umgesetzt werden. Dies aus diversen Gründen, auf die man da nicht eingehen muss. Welche aber den Ausblick auch ein bisschen relativieren. Darum nochmal ein Dankeschön für alle Beteiligten an diesem Überblick. SP und Grüne nehmen das gerne so zur Kenntnis.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, geschätzte Stadtratsmitglieder, liebe Gäste, die Mitte und EVP-Fraktion nimmt die Aufgaben und Finanzplanung ebenfalls zur Kenntnis. Wir schätzen es sehr, dass der Stadtrat in dieser Aufgaben- und Finanzplanung, wie von Andi Schmid ausgeführt, sachlich und unbeschönigt informiert. Es ist auch gut, dass über die Herausforderung informiert wird, welche wir als Stadt haben werden. Gleichzeitig finden wir es auch gut, dass aufgezeigt wird, wie schwierig so eine Planung ist. Gerade jetzt am Anfang, wo gezeigt wird, dass man ja in der Finanzplanung 2019 bis 2023 geplant hat, dass wir am Schluss CHF 23,1 Mio. Nettoschulden haben. Effektiv werden wir eine Nettoschuld von etwa CHF 0.6 Mio. haben per Ende 2023. Es geht nicht darum, dass wir jetzt diese Zahlen klein reden oder beschönigen. Aber es zeigt, wie schwierig eine Planung ist. Es ist wichtig, dass wir es ernst nehmen und gutmachen. Wir sind den nationalen und internationalen Kräften ausgesetzt und dürfen mit gutem Wissen und Gewissen die Finanzplanung angehen.

Ein Fokus, welcher noch nicht thematisiert wurde, auf welchen wir aber noch Wert legen sind die Erträge bei den Steuereinnahmen. Dort sind wir regelmässig positiv überrascht worden. Es ist schwierig mit den Steuereinnahmen zu rechnen. Aber wir brauchen einerseits die Kostendisziplin wie in jeder Firma, aber wir brauchen auch den Fokus auf Erträge. Wie können wir Gewerbe bei uns behalten? Wie können wir attraktive Arbeitsplätze schaffen? Wie können wir dafür sorgen, dass unser Gewerbe nicht abwandert, sondern neues Gewerbe hier hinkommt? Wie können wir die richtige oder spezielle Bevölkerungsgruppe anziehen? Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir heute gemacht mit der Tagesschule. Ich glaube, das macht uns zu einem attraktiven Standort und das führt auch wieder zu höheren Steuereinnahmen. Darum bin ich überzeugt, dass gute Investitionen richtig gesetzt, eben auch einen guten Hebel sind für die Steuereinnahmen und das darf uns auch eine gewisse Sicherheit und eine gewisse Ruhe geben, wenn wir hier budgetieren und Verpflichtungskredite sprechen.

Wir finden es richtig, dass der Selbstfinanzierungsanteil hoch behalten werden soll. Das gibt uns einen Spielraum und wir finden es gut, dass auch in der Aufgaben- und Finanzplanung dem noch einmal Ausdruck verliehen wird. Wir können das unterstützen. Danke nochmals herzlich für die Planung und wir freuen uns jetzt auf das Budget.

5 Budget 2024

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ich würde es gerne wieder so handhaben, dass wir zuerst eine Eintretensdebatte führen. Wir kennen das auch von der Rechnung, und nachher gehen wir in die Detailberatung. Insofern bitte ich euch, in einem ersten Schritt auf konkrete Fragen, Bemerkungen zu einzelnen Konten und insbesondere auch auf Anträge zu einzelnen spezifischen Sachverhalten und Konten zu verzichten und diese dann in der Detailberatung zu bringen. So können wir hier ein bisschen strukturiert diskutieren. Für die Eintretensdebatte darf ich nochmal Francis ans Mikrofon bitten.

Francis Kuhlen (FDP): Wenn ich auf die vorbereitende Sitzung der GPFK vom letzten Donnerstag zurückblicke, fällt auf, dass die Kommission gefühlt mehr Zeit für andere Traktanden als für das Budget 2024 aufgewendet hat. Das hat wohl mit der Tatsache zu tun, dass ein ausgeglichenes Budget für das nächste Jahr präsentiert wird. Zuerst haben wir dem Stadtrat die Frage nach dem aktuellen Stand der Finanzen für das laufende Jahr gestellt. Dazu gab es die Auskunft, dass die Abteilungsleiter ihre Angaben bis zum 20.09. ins Controlling System eingeben müssen. Anschliessend wird der Stadtrat bis Ende September darüber befinden. Die GPFK wird dann an ihrer nächsten Sitzung darüber informiert. Hier habe ich einen Vorschlag zur Verbesserung. Es wäre für die Beurteilung von Aufgaben- und Finanzplan, wie auch vom Budget sehr nützlich, wenn der GPFK und dem Einwohnerrat der Ausblick bei der Behandlung des nächstjährigen Budgets bereits zur Verfügung stehen würde. Nebst verschiedenen Fragen zur Klärung, welche der Stadtrat uns ad hoc beantwortet hat, gab es eine grössere Diskussion zum Kapitel «Umweltschutz und Raumordnung». Ganz konkret geht es um die Rubrik 3130.01 mit dem Kommentar «U.a. kommen CHF 50'000 für die Erarbeitung einer Klimastrategie und einer Klimaanpassungsstrategie dazu». Verschiedene Kolleginnen und Kollegen der GPFK sind der Auffassung, dass die Stelle im letzten Jahr mit der Prämisse genehmigt wurde, dass der Stelleninhaber eine Klima- und Klimaanpassungsstrategie erarbeiten würde und dazu das notwendige Ausbildungs- und Erfahrungsprofil aufweist.

Im Protokoll der Einwohnerratssitzung zum Budget vom letzten Jahr habe ich dazu protokollarisch festgehalten folgende Bemerkung gemacht. Aus lerntechnischen Gründen wiederhole ich dieses Zitat ganz bewusst: «Für neu geschaffene Stellen, wie die Umweltfachstelle, sollten die Anträgen unbedingt mit dem Stellenprofil und mit dem Anforderungsprofil der gesuchten Fachperson ergänzt werden. Gerade in einem so umfangreichen Bereich wie der Umwelt sind das Setzen der richtigen Prioritäten absolut unabdingbar. Diese Prioritäten müssen im Stellenprofil abgebildet sein». Zitatende. Die anschliessende Diskussion mit dem Stadtrat brachte keine Klärung. Auf Vorschlag des Präsidenten wird das GPFK-Team, welches für das Ressort «Tiefbau und Verkehr» zuständig ist, folgende Dokumente unter die Lupe nehmen: Stellenbeschrieb mit Anforderungsprofil, Profil des Stelleninhabers, Aufgabenbeschrieb für den geplanten Beratungsauftrag. Sie wird anschliessend zu Händen der GPFK über die Resultate berichten.

Aus meiner persönlichen Sicht braucht es nun in Lenzburg für Klima- und Klimaanpassung keine lange Diskussion über Strategien mehr. Das Ziel ist für diese Legislatur definiert, mögliche Massnahmen sind hinlänglich bekannt: PV mit Schwerpunkt auf Speichertechnologien, Entsiegelung und Begrünung, Elektrifizierung, usw. Statt Strategien braucht es jetzt einen Aktionsplan mit Terminplan und Budgetvorstellungen. Und am Schluss schauen wir im Finanzplan, ob dafür die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Act Now ist angesagt.

Am Schluss gratulieren und danken wir dem Stadtrat und insbesondere auch der Stadtverwaltung zuerst für den Einsatz, den sie das ganze Jahr hindurch leisten. Es wird solide Arbeit geleistet und ich vermute, dass eine Kundenbefragung, sofern es sie gibt, generell eine gute Note ergeben müsste. Zumindest für die Stellen, mit denen ich regelmässig in Kontakt bin, kann ich das bestätigen. Vor allem danken wir Stadtrat und Verwaltung, dass sie sich zu einem ausgeglichenen Budget durchringen konnten. Und insbesondere gebührt unser Dank dem Finanzverwalter und seinem Team für die immense Arbeit. Die CHF 7 Mio einzusparen waren sicher in vielen Bereichen und für viele Beteiligten schmerzhaft. Aber mit Blick auf die zwingenden Ausgaben in den nächsten Jahren, ist ein ausgeglichenes Budget unabdingbar. In dem Sinn empfiehlt die GPFK einstimmig die Annahme von diesem Budget. Auch wieder im Namen von unserem Fraktionspräsidenten wird die FDP dem Budget zustimmen. Vielen Dank.

Michael Häusermann (SVP): Lieber Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren im Saal, lieber Fritz Thut, du bekommst noch eine letzte Extrabegrüssung. Wir bedanken uns beim Stadtrat für das Budget 2024. Bei uns wurde das Budget 2024 im Gegensatz zur GPFK intensiv beraten. Wir haben mehr Zeit mit dem Budget verbracht als mit anderen Vorlagen. Für uns stand die grosse Frage im Raum: Wohin steuern wir mit unserer Stadt in finanzpolitischer Hinsicht. Natürlich hatten wir auch noch Fragen zu einzelnen Konti. Die SVP-Fraktion steht nach wie vor hinter einem Steuerfuss von 105 Prozent und wir begrüessen diesen. In Zeiten, in denen besonders die Energie oder auch Krankenkassenprämien stark steigen und Produkte für das tägliche Leben auch teurer werden, ist es aus unserer Sicht nicht angebracht, dem Bürger auch noch via Steuerfuss mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Wir begrüessen es und wir danken dem Finanzminister Andi Schmid, dass er uns ein Budget vorlegt, welches ein positives Gesamtergebnis vorsieht. Ob das dann letztendlich Ende 2024 auch so herauskommt, das sehen wir dann 2025. Unsere Skepsis kommt daher, weil die Energiepreise sehr schnell ins Geld gehen können und wir hier weitgehend Folge leisten müssen, was der Markt vorgibt. So sind die CHF 146'000 welche wir im Moment als Plus aufweisen sehr schnell weg. Was unschön ist, das ist klar, das dürften alle bemerkt haben, ist die Tatsache, dass wir ein negatives Betriebsergebnis haben. CHF 3,1 Mio. negativ fahren wir dort ein. Der Stadtrat erwähnt zurecht, dass sehr viele gebundene und nicht beeinflussbare Posten drin sind. Da sind wir als Gemeinde machtlos. Ein Beispiel dafür wäre die Spitalfinanzierung. Im Jahr 2024 investiert die Stadt Lenzburg in unsere Infrastruktur. Investitionen von rund CHF 5.8 Mio. sind geplant. Über CHF 4.2 Mio. gehen in die Schulinfrastruktur. Auch das wurde vorhin schon genannt.

Die SVP-Fraktion unterstützte auch in der Vergangenheit den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur. Dies werden wir auch 2024 so handhaben. Aber, und da unterscheiden wir uns vielleicht ein bisschen von anderen Fraktionen, wir nicken nicht jedes Bauvorhaben einfach durch, sondern wir erlauben uns gewisse Sachen kritisch zu hinterfragen.

Dass der Stadtrat eine Selbstfinanzierung von mindestens CHF 5 Mio. eingesetzt hat, begrüessen wir ebenfalls. Einnahmeseitig wird ein höherer Steuerertrag erwartet und dies bei einem wie bereits angesprochen, unveränderten Steuerfuss. Gegenüber dem Budget 2023 soll der Ertrag bei den Einkommens- und Vermögensteuern um CHF 1 Mio. höher ausfallen. Auch hier gilt ein bisschen das Prinzip der Hoffnung, weil bekanntlich beeinflussen Wirtschaftsgang und die Börsenentwicklung massgeblich das Steuersubstrat. Aber was man an dieser Stelle vielleicht auch noch einmal sagen darf unsere Finanzabteilung und auch das Steueramt leisten sehr gute Arbeit. Wenn man ein bisschen zurückschaut in die vergangenen Jahre sind die Prognosen, auf die sich der Stadtrat abstützt in vielerlei Hinsicht erfüllt worden. Die Dividende der SWL, und das erwähne ich auch nicht zum ersten Mal, ist in Zeiten von hohen Energiekosten auch eine zwiespältige Sache. Wir nehmen das Geld von der einen Seite und legen es auf die andere Seite.

Zum Personal, kein Budget ohne Personal. Die Stadt Lenzburg hat in ihren Reihen gutes Personal. Die Stadt Lenzburg hat aber auch viel Personal und sie wollen noch mehr und unsere Fraktion hat selbstverständlich ausgiebig darüber diskutiert. Als Ergebnis kam raus, dass wir den Angestellten die 1% Teuerungsausgleich gönnen sowie die 0.5 % individuelle Lohnanpassung heissen wir ebenfalls gut. Die Schweiz hat eine Inflation und das hat Auswirkungen. Was der gewünschte Stellenausbau von diesen 4,8 Stellen anbelangt, so sehen wir dort aber doch noch etwas Optimierungspotenzial.

Die Stadt Lenzburg stellt aus unserer Sicht viel und zu leicht neues und immer zusätzlich Personal ein. Was noch viel schlimmer ist, und das ist eigentlich gerade fast eine Kopie zu dem, was jetzt mein Vorredner gesagt hat, wir schaffen Stellen, welche gesellschaftlich wahnsinnig in Mode sind und

deshalb müssen wir die auch haben. Dann kommen da so schwammige Stellenbeschreibungen heraus und das Resultat sieht man zum Teil jetzt bereits. Wir schaffen Bereiche in denen man sich als Bürger durchaus die Frage stellen kann, was die Person denn den ganzen Tag macht. Dies ist, wenn sie uns fragen, eine gefährliche Tendenz. Wir werden uns in der Detailberatung dann nochmal melden. Was wir jetzt vorab schon sagen können, wir werden auf keinen Fall im Budget 2024 der neu geforderten Stelle für Gesellschaft zustimmen.

Ich komme zum Schluss. Das Budget 2024 ist geprägt von höheren und gebundenen Kosten. Wir lesen aber auch heraus, dass der Stadtrat der zunehmenden Verschuldung bewusst ist, er doch Diverses aus dem jährlichen Wunschprogramm herausgestrichen hat, bis das Budget so dahergekommen ist, wie es jetzt daher kommt. Wir danken dem Stadtrat dafür. Falls man dann noch die eine oder andere Korrektur vielleicht bei den Stellen oder irgendwo anders durchbringen könnte, dann wäre das optimal für heute Abend. Aber wenn bei der Schlussabstimmung die Stelle für Gesellschaft drinbleiben sollte, dann werden wir nein sagen. Nur aus dem Grund der Gesellschaftsstelle. Ansonsten ist das Budget gut. Vielen Dank.

Chantal Toker (GLP): Geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Budget hat uns in der GLP nicht gross überrascht, aber wir haben das auch länger diskutiert als die anderen Traktanden. Es beinhaltet auch dieses Jahr wieder eine Zunahme an nicht beeinflussbaren Ausgaben, was un schön ist, aber wir haben keinen Einfluss darauf. Das Betriebsergebnis sieht mit minus CHF 3.1 Mio. nicht wirklich rosig aus. Nochmals ein Tick schlechter als im letzten Jahr. Es ist vermerkt, dass der Stadtrat bestrebt ist, das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit laufend auf Verbesserungen zu prüfen. Da stellt sich natürlich die Frage, wie das konkret gemacht wird und ein Reporting an die GPFK wäre da sicher wünschenswert.

Es stehen grosse Investitionen an, darum ist es nicht wirklich überraschend, dass der Selbstfinanzierungsgrad niedrig ist, aber 52.5 % ist extrem tief. Um von gesunden Finanzen zu reden, müsste der deutlich höher liegen. Aber die Aussichten für die nächsten Jahre zeigen in eine ganz andere Richtung. Die nächsten 2 Jahre sehen noch etwas besser aus, weil der Investitionsbetrag deutlich niedriger ist, aber ab 2026 sieht es dann düster aus mit einem Selbstfinanzierungsgrad von nur noch 27 Prozent. Das ist sehr besorgniserregend und wird, wenn sich nichts ändert, in den nächsten 2 Jahren auf den Ausgaben und/oder Einnahmeseite zwangsläufig zu einer Steuererhöhung führen, was die GLP falls irgendwie möglich gerne verhindern möchte. Ein kleines Beispiel am Rand zum Ausgaben sparen. Vielleicht wäre es ja jetzt endlich an der Zeit zum Beispiel Strassenbeleuchtungen so auszurüsten, dass Leuchtkörper mit Bewegungssensoren eingebaut werden. Das fordern wir von der GLP schon lange, die Mehrkosten sind gering und bei den aktuellen Strompreisen wäre die potenzielle Einsparung jetzt noch wesentlich interessanter. Ganz nebenbei in Anführungszeichen, würde man damit auch nebst dem Stromsparen noch einen weiteren Beitrag zur Schonung der Natur leisten, indem die Lichtverschmutzung reduziert würde. Auch ein Anliegen, welches wir schon vor langer Zeit deponiert haben.

Die Steuereinnahmen scheinen trotz Bevölkerungswachstum relativ stabil zu sein, die Prognosen tendenziell wachsend. Das werden wir dann sehen. Bezüglich der personellen Verstärkung sehen wir die Notwendigkeit und werden den beantragten Stellen, welche im Budget drin sind, zustimmen. Die Effizienzsteigerung durch Vernetzung und intelligente Software müsste sich in gewissen Bereichen jetzt dann bemerkbar machen, was in Zukunft dann hoffentlich in der Stagnation von neuen Stellen zu sehen sein wird.

Dann noch ein Wort zur Umweltfachstelle. Letztes Jahr sind wir gespannt gewesen auf den Output dieser Umweltfachstelle. Heute wissen wir im Detail noch nicht vielmehr, ausser dass die CHF 50'000 für externe Ressourcen benötigt werden. Wir sind weiter gespannt und da, da unterstütze ich das Votum von Francis "act now". Man hat schon den Eindruck, dass wir einfach sehr viel Zeit mit Planung aufwenden und externen Projektleitungen da stellt sich die Frage, ob wir intern zu wenig Fähigkeiten haben in dem Bereich. Diese so genannten "low hanging fruits" könnte man doch eigentlich direkt angehen.

Mit dem Steuerfuss von 105 % sind wir einverstanden und die GLP wird dem Antragsbudget 2024 zustimmen. Danke.

Kristina Schärer (Grüne): Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende, auch die Grünen möchten sich sehr herzlich bedanken für das Erstellen des Budgets. Uns ist bewusst, dass es dieses Jahr keine leichte Aufgabe gewesen ist, und in den nächsten Jahren wird es wohl kaum einfacher werden.

Wir schätzen die geleistete Arbeit sehr und unter diesen Umständen eine akzeptable Lösung zu finden, ist überhaupt nicht selbstverständlich, nicht einfach. Darum noch einmal ein grosses Dankeschön. Ich möchte auch nicht zu lange reden, vieles ist schon erwähnt worden und in der Detaildiskussion wird sicher nochmals einiges diskutiert werden. Eine Sache ist mir aber doch ziemlich wichtig, welche ich darum hier noch erwähnen möchte.

Ich wünsche mir, dass wir über gewisse Prioritäten in Zukunft noch einmal gut nachdenken. Ich weiss, Strassen und Infrastruktur sind enorm wichtig, sie benötigen viel Geld für den Unterhalt und Sanierungen und es wird viel vom Kanton auch vorgegeben. Trotzdem darf meiner Meinung nach der Mensch nicht vergessen gehen. Auch national wird gerade sehr aktuell argumentiert, dass wir den zukünftigen Generationen, ich zähle mich jetzt hier auch noch dazu, eine neue Verkehrsinfrastruktur hinterlassen werden muss. Natürlich bin ich froh, dass an mich gedacht wird, aber lieber wäre es mir, wenn wir nicht nur für Strassen und Autos das Geld ausgeben, sondern auch für die Lebensqualität im Jetzt und in der Zukunft. Was zum Beispiel mit einer Teilzeitstelle Gesellschaft, die ja auch in unserem Legislatur Ziel drin ist, vorangetrieben werden könnte. Ich weiss, es ist um einiges komplizierter, aber wenn ich mir einen Lebenswert in Zukunft vorstelle, dann denke ich nicht als erstes an die perfekte Strasse. Ich stelle mir eine schöne Gemeinschaft vor mit einer intakten Natur und einem intakten Klima.

Aber lange Rede kurzer Sinn, was ich uns allen ans Herz legen möchte, auch dem Kanton, der ist jetzt nicht da, aber vielleicht können das die Medienschaffenden ja übernehmen. Zweimal überlegen, was wirklich wichtig ist und was der Bevölkerung schlussendlich zugutekommt und uns auch in Zukunft etwas zurückgeben wird. Noch einmal herzlichen Dank für das Budget.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, liebe Mitglieder vom Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat und liebe Gäste, ich möchte versuchen noch das wichtige herauszuschälen für unsere Mitte EVP Fraktion. Ich begrüsse das ausgeglichene Budget und das positive Gesamtergebnis. Auch der Selbstfinanzierungsgrad von CHF 5 Mio. ist sehr begrüssenswert und dass man höhere Steuern verhindert, ebenfalls. Das ist sehr wichtig und ich habe vorher schon darauf aufmerksam gemacht, wir kommen nachher noch in den Umfragen darauf, gerade auch die Steuereinnahmen ebenfalls von Unternehmen. Da müssen wir darauf schauen, da müssen wir Sorge tragen. Das ist eine Voraussetzung damit wir unsere Steuern auch nicht erhöhen müssen.

Der Strompreis belastet unser Budget. Trotzdem bin ich bei der Beleuchtung vorsichtig, weil dies eine Sicherheitsfrage ist. Ich möchte da nicht näher drauf eingehen. Aber wer die Strompreiserhöhung vielmehr trifft als uns, das sind die Haushalte. Im Gegensatz zu uns hat der Mittelstand keine Dividenden und das ist ein Unterschied. Was ich sehr bedaure ist, dass der Stadtrat keine Stellung genommen hat, dazu was unser Umgang ist als Stadt mit dieser Strompreiserhöhung. Wie können wir die Haushaltsbudgets unserer Bewohnerinnen und Bewohnern entlasten? Es ist uns wichtig, wir haben das gesehen, das ist ein Unterschied, das scheint mir sehr wichtig.

Zu den Liegenschaften. Wir haben Liegenschaften welche leer stehen und gleichzeitig Mieten wir zum Teil Räumlichkeiten. Das ist immer unschön. Schauen wir doch, wie wir aus unseren Liegenschaften Erträge rausholen können. Schauen wir nicht nur bei den Kosten, sondern holen wir da etwas raus, wo wir können. Das scheint uns sehr wichtig zu sein. Auch wir haben die Personalfragen angeschaut. Wir stimmen dem 1,5 Prozent Teuerungsausgleich zu. Wir stimmen auch diesen Anträgen, welche gestellt worden sind für das Personal zu. Es scheint uns wichtig und richtig, dass wir da auch Ressourcen alimentieren, weil mit Investitionen können wir etwas erreichen in Zukunft und es ist nicht ein reiner Kostenfaktor. Enttäuschend und ich merke, es ist schon mehrere Male genannt worden, allenfalls lohnt sich da ja ein Änderungsantrag, in dem Bereich Umweltschutz. Noch einmal, CHF 50'000 auszugeben für eine Strategie, wo wir schon jemanden angestellt haben. Das dürften wir doch überdenken, aber mehr dazu nachher im Detail. Herzlichen Dank.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende, wir begrüßen und bedanken uns natürlich auch für das ausgeglichene Budget mit dem positiven Gesamtergebnis und möchten uns wirklich bei allen Mitarbeitenden und der Abteilung Finanzen bedanken. Was uns beeindruckt hat, ist der Prozess der Budgeterstellung, dass man innerhalb von 6 Sitzungen das Gesamtergebnis von negativen CHF 7,1 Mio. auf positive CHF 0.1 Mio. schlanker gemacht hat und man die schwarze 0 erreicht hat. Man hat vieles in Kauf genommen und ja logischerweise die gebundenen Ausgaben sind da und die kann man nicht beeinflussen. Wir von der SP-Fraktion sind auch einverstanden mit dem Steuerfuss der unverändert bleibt. Wir sind auch einverstanden mit den Anträgen für das Personal. Wir sind der Meinung, dass wenn sich die Gesellschaft verändert und die Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen sich verändern, dass auch mehr Personal benötigt wird, und Personal sehe ich nicht nur als Kostenpunkt, sondern auch als Kapital.

Was wir sehr bedauern, dass auf die Abteilung Gesellschaft verzichtet wird. Das heisst auch, dass der Stadtrat in Konflikt oder im Widerspruch ist mit seinen Legislaturzielen. Das widerspricht auch dem Leitbild, ich zitiere "Lenzburg wirkt unterstützend für die Gesellschaft und Lenzburg punktet in einer bedarfsgerechten Koordination der bestehenden Angebote." Kristina hat es schon erwähnt. Der Mensch soll im Mittelpunkt sein und es ist sehr bedauerlich, dass auf die Abteilung Gesellschaft verzichtet wird. Wir haben das sehr lange diskutiert und werden in der Detailberatung sicher darauf eingehen. Es ist ganz klar, wir sind alle gefordert, auch kreative Lösungen zu finden. Der Lenzburgerbezirksanzeiger hat geschrieben, wir müssen uns nach der Decke strecken. Christina Bachmann hat es schon erwähnt, man muss herausholen, was man hat und alternative Lösungen finden. Thomas hat gesagt agieren und nicht immer reagieren. Ich denke, da ist schon viel Potenzial nach oben. Wir möchten uns bei allen ganz herzlich bedanken für das sorgfältig vorbereitete Budget. Die SP-Fraktion wird das vorliegende Budget annehmen. Danke vielmals.

Daniel Frey (EVP): Geschätzter Präsident, Stadtrat, Ratskollegen und liebe Gäste, ich denke es ist alles gesagt, aber ich möchte an dieser Stelle nochmals allen Beteiligten für das Erstellen danken. Mit

verschiedenen Erklärungen war es nachvollziehbar und hat einem die Arbeit erleichtert. An 7 Sitzungen hat es sich der Stadtrat sicher nicht leicht gemacht ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Die düstere Finanzlage ist eingetreten. Notwendiges muss ausgeführt werden und Wünsche müssen aufgehoben werden. Verschiedene Ereignisse im Budget geben Grund zur Sorge. Das wurde verschiedentlich gesagt.

Noch einmal, vielen Dank für die Organisation und die Arbeit beim Erstellen des Budgets. Ich freue mich auf rege Diskussionen bei der Detailberatung.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke, Dani, kann man das als Überleitung nehmen oder gibt es noch weitere Wortmeidungen? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann würden wir zu der Detailberatung übergehen.

Thomas Schär (SP): Geschätzter Herr Präsident, werte Anwesende, nachdem vorher bereits über einen möglichen Änderungsantrag debattiert wurde, kommt der jetzt tatsächlich noch. Es wurde von Vorrednern und Vorrednerinnen erwähnt: Abteilung Gesellschaft ist ein Legislatur Ziel der Stadt Lenzburg und es ist in den Dokumenten ausgeführt worden, dass es aus finanziellen Gründen gestrichen werden musste. Auch ich habe vorher von Gürtel enger schnallen gesprochen und jetzt komme ich hier in unserem Namen mit dem Änderungsantrag, welcher etwas kostet. Allerdings habe ich auch gesagt, dass Investitionen sich auszahlen können und den Kopf in den Sand stecken wäre falsch gerade bei diesem Thema. Abteilung Gesellschaft ist ein Legislatur Ziel wie erwähnt. Gründe dafür sind von Seiten Stadtrat bei der Vorstellung der Legislatur Ziele bereits genannt worden. Dies jetzt aus finanziellen Gründen zurückzustellen oder vorerst auf nächstes Jahr zu verschieben, ist aus unserer Sicht falsch.

Auch nächstes Jahr werden wir sicher grössere Investitionen haben, welche auf die Stadt zukommen, und dann von der Verwaltung gestemmt werden müssen. Dazu nur das Stichwort BNO und die Baugesuche, welche sich da angesammelt haben. Unsere Befürchtung ist deshalb, dass die Abteilung Gesellschaft auch dann weiter in die Richtung Zukunft geschoben wird. Wir finden diese neue Abteilung aber wichtig und unserer Stadt angemessen. Lenzburg ist stark gewachsen und teils hat sich die Bevölkerungsstruktur verändert. Darauf muss reagiert werden, und zwar klug und vorausschauend. Wir haben in der Verwaltung keine Stelle, welche sich übergreifend um das Thema Gesellschaft kümmert. Dabei geht es nicht nur darum, bestehende teils private oder von Vereinen erbrachte Leistungen zu ersetzen. Aber diese zu koordinieren und Mehrwert zu schaffen, wenn man sich vernetzen und allenfalls auch kantonale Angebote da vor Ort in Lenzburg nutzen oder mit umliegenden Gemeinden Zusammenarbeiten möchte, ist bei der Stadt niemand dafür zuständig.

Klar ist teilweise improvisiert und zurechtgebogen worden. Die Mitglieder der Gesellschaftskommission, besonders von der Arbeitsgruppe "Alter" haben gute Mehrarbeit geleistet. Auch Angestellte der Verwaltung oder die zuständige Ressortvorsteherin erbringt ebenso gute Extraleistungen. Das sind aber alles Übergangslösungen nicht wirklich nachhaltig und nicht wert schaffend.

Bei der Tagesschulvorlage, welche wir vorher diskutiert haben, ist ausdrücklich erwähnt, wie schwierig es ist, gewisse Leistungen für private Vereine zu erbringen, weil sie gefordert sind, keine Verlässlichkeit da kann nichts garantiert werden. Das gilt auch für die Akteure im Bereich Gesellschaft. Deshalb soll oder muss professionalisiert werden. Mindestens wie vorgesehen, mit einer koordinierenden Stelle, welche aber auch ein gewisses Mass an Eigenleistung erbringen kann. Details dazu habt ihr im Stellenantrag gelesen, welchen wir von der Stadt noch zugestellt bekommen und euch

weitergeleitet haben. Sie alle haben die Einladung zum Spendenanlass von Familien+ erhalten. Wer hat sich noch nicht angemeldet?

Bitte noch nachholen, weil das zeigt die Schwierigkeit von Freiwilligenarbeit und Vereinsstrukturen gut auf. Solche Bemühungen von wichtigen Vereinen und Institutionen gilt es jetzt aber nicht zu ersetzen mit dieser Fachstelle oder mit dieser Abteilung, sondern sie zu unterstützen. "Zusammenarbeit und Vernetzung mit Partnerorganisationen" das steht in dem Stellenantrag. Wer macht das sonst in diesem Bereich in der Verwaltung? Der Änderungsantrag von einer 60 % Stelle für die Leitung für diesen Bereich ist darum zurückhaltend und angebracht. Die Kosten sind überschaubar und die Investition wird sich, wie erwähnt, auszahlen. Ein Hauptbereich, welcher die neue Abteilung abdecken wird, ist Alter und Gesundheit. Hier nochmal der Hinweis, welcher bereits vorgängig gestellt worden ist. Das Bevölkerungsprojektionsmodell vom Departement Finanzen und Ressourcen, Statistik Aargau, erwartet für Lenzburg, in den nächsten 8 Jahren eine Zunahme von Personen über 80 Jahren von 38 %. Auch die Anzahl Personen zwischen 65 und 79 nimmt zu, jedoch moderater. Um hier nicht ins Detail zu gehen, dies sind Bevölkerungsprojektionen oder mögliche Szenarien, keine exakte Prognose. Die Schwierigkeiten von Prognosen haben wir vorher schon im Zusammenhang mit Zahlen gehört. Was klar ist, da kommt etwas auf uns zu und mit dem müssen wir klug und vorausschauend umgehen. Unter anderem mit präventiven Massnahmen mit Vernetzung mit dem Zusammenbringen von Synergien. Was zum Beispiel das Müller Haus aktuell im Angebot hat, wäre super, wenn es da von Seiten Stadt einen Ansprechpartner gäbe. Das macht Sinn, das lohnt sich. Darum bringen wir diesen Änderungsantrag ein und bitten um eure Unterstützung. Vorausschauend und nicht mit dem Kopf im Sand.

Ich fasse den Antrag kurz zusammen, Remo habe ich den formulierten Antrag bereits abgegeben, damit er ihn dann vorlesen kann. Es geht darum, dass im Bereich 5, soziale Sicherheit, 5791 Gesellschaft ein Gesamtbetrag von CHF 102'000 eingestellt wird. Damit diese 60 % Stelle geschaffen werden kann. Die finanziellen Details wurden uns von der Finanzverwaltung zugestellt, besten Dank dafür. Die Unterteilung in die verschiedenen Unterkonti kann entsprechend vorgenommen werden. Die Unterkonten sind Löhne, Aus- und Weiterbildung des Personals, übrigen Personalaufwand, Büromaterial, Fachliteratur, Zeitschriften, Telefon und Internet-Gebühren. Investitionen von CHF 102'000 im Sinne unserer Stadt und vor allem im Sinne von unserer Bevölkerung. Danke für die Unterstützung.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Vielen Dank, dann würden wir jetzt über diesen Änderungsantrag debattieren. Ihr habt ihn gerade gehört. Ich lese ihn jetzt nicht nochmal vor, sondern erst wieder vor der Abstimmung. Gibt es dazu noch weitere Äusserungen?

Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, ich kann ja gar nicht anders als diesen Antrag zu unterstützen. Mein Einstieg in die Politik vor zweieinhalb Jahren war in der Gesellschaftskommission. Mein Herzensanliegen die Unterstützung der Alterspolitik. In der Hoffnung, dass ich dann auch mal zu denen gehöre, die von einer klugen Alterspolitik profitieren darf.

Also ich bin sozusagen ein Beispiel für Freiwillige, die sich auch politisch engagieren und auch etwas für die Gesellschaft beitragen wollen. Ich möchte nur dieses eine Beispiel nennen, weil da kenne ich mich am besten aus, was eine Fachstelle Gesellschaft auch bewirken kann. Ist uns bewusst, dass im Moment 1/3 der Bevölkerung Ü50 ist und damit sozusagen die zukünftigen oder schon jetzigen Alten und älter werdenden in Lenzburg sind. Das ist eine ganz grosse Zahl. Wir haben im Moment den

Vorteil, dass wir noch einen Demografie Baum haben, wo die Babyboomer noch im Kommen sind, also das sozusagen noch mehr Jüngere da sind als dann die ganz Alten.

Ich würde doch sehr dafür plädieren, dass wir dieses Zeitfenster auch nutzen. In der Gesellschaftskommission war es so, wie soll ich sagen, das Herzblut des damaligen Präsidenten war da nicht dabei. Es wurde ein bisschen mehr als gar nichts gemacht in der Zeit und das hat Tradition in Lenzburg. Es ist entweder so, dass man in dem Ressort jemanden hat, der die Arbeit allein macht im Alleingang. Wie beispielsweise 2008 Heidi Berner im Leitbild "Alter". Oder es passiert eben nichts.

Ich war extrem froh, als ich die Ziele des jetzigen Stadtrats gesehen habe. Allerdings muss man sagen, wir diskutieren hier über bereits das dritte Budget, was diesen Stadtrat der jetzt hier so wie er ist, auch befähigen soll zu handeln. Also ich frage mich, wenn es in dem Budget nicht drin ist, wann soll es denn dann kommen? Sodass die, die das umsetzen wollen, auch die nötigen Mittel dafür bekommen. Man kann es dann auch im letzten Jahr genehmigen, aber da kann man keine Erfolge vorweisen. Da hat man wieder eine andere Diskussion. Warum ist es wirklich sinnvoll?

Also Alter zum einen wird ja oft in der Gesellschaft als Problem angeschaut. Aber man muss doch einfach auch mal sagen, es ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Es ist eine der grössten Leistungen unserer Gesellschaft, dass wir heute so alt werden. Man muss sicher darüber diskutieren, ob gute Leute mit 65 plötzlich nichts sinnvoller mehr tun können als ihre hoffentlich gut anständigen Renten in hedonistischen Aktionen einzusetzen, aber ganz viele Menschen wollen etwas anderes. Sie wollen einfach, dass ihre Fähigkeiten und ihre Kapazitäten auch genutzt werden. Wir haben supergute, viele Leute, die demnächst in Pension gehen. Wir haben aber keine Idee, wie wir an diese Ressourcen gezielt rankommen. Mit mir meine ich jetzt die Verwaltung, als Gemeinde in der Stadt. Warum diese Chance verpassen, wenn wir heute nicht handeln. Wenn wir solche Fachstellen nicht schaffen, dann laufen wir einfach tatsächlich in grössere Kosten.

Care-Arbeit ist ein Beispiel dafür. Im Kanton werden insgesamt über 20 Millionen freiwillige Stunden erbracht pro Jahr und im Bereich Care Arbeit in der Familie 7. Die meisten dieser Freiwilligen sind weiblich. Jetzt müssen wir doch einfach Strukturen schaffen, dass die Leute, die sogar noch in ihrer Freizeit gratis arbeiten wollen, dies auch können. Es gibt einfach keine bessere Instanz dafür dieses Angebot und Nachfrage zusammenzubringen als die Gemeinde. Natürlich gibt es viele Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind. Manche davon haben einen wirtschaftlichen Hintergrund, die haben ihre eigene Agenda, ihre eigenen Interessen, die sind unternehmerisch tätig. Das ist gut und recht, sind aber noch nicht mal weithin bekannt. Es gibt in Lenzburg noch nicht mal etwas, was in Nachbargemeinden wie Seengen oder Möriken da ist. Nämlich den Überblick darüber was überhaupt an Leistungen hier in der Gemeinde vorhanden ist. Es wird demnächst wahrscheinlich etwas vorliegen, das liegt aber nur daran, dass Beatrice Taubert das selbst erstellt hat. Also die viel beschworene Arbeitsgruppe hat auch daran gearbeitet, wir haben es gegengelesen. Aber die Arbeit macht die Stadträtin selbst. Ihr dann auch noch zu verwehren, dass sie eigentlich eine Person, die ihr Mal diese Arbeit abnimmt und vielleicht auch noch ein bisschen planerisch in die Zukunft schaut und diese schwierige Aufgabe, wie man tatsächlich Angebot und Nachfrage über einen langen Zeitraum zusammenbringen soll, macht mich saumässig traurig. Es wären die Zeichen der Zeit, die Chance zu nutzen und hier auch in die Prävention zu investieren. Ich sage Freiwilligenarbeit ist die beste Prävention. Die jungen Alten die helfen wollen, die kriegen Sozialkontakte, die machen sinnvolle Sachen. Kochen für ältere Menschen, das wird supergut nachgefragt. Regelmässige Ernährung ist übrigens bei alten Alten, die noch zu Hause leben ein total wichtiges Thema auch als Gesundheitsprävention. Die alten Alten wollen zu Hause leben. Dafür braucht es Leute, die das tun und

davon muss man vor allem Wissen voneinander. Der Schlüssel für diese Zusammenführung von Angebot und Nachfrage den hat die Gemeinde und sonst übergreifend keine einzige Institution in unserer Gesellschaft. Es zerreisst mir das Herz, dass wir Polizeiautos durchwinken, ich weiss, die Polizei ist wichtig, aber das Blech wird nie in Frage gestellt und die Menschen kommen zu kurz. Also mein Votum an alle die Denken sie würden noch älter werden wollen in Lenzburg mein Appell "Fachstelle Gesellschaft" und es war nur fürs Alter gesprochen. Es gibt noch andere Aspekte, da mögen andere reden. Danke.

Christoph Nyfelner (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Stadtrat, liebe Mitglieder vom Einwohnerrat geschätzte Presse, liebe Anwesende, zuerst entschuldige ich mich. Ich bin in meiner Funktion als Bezirksrichter leider nicht aus dem Gericht herausgekommen und habe lange Plädoyers von ein paar Anwälten zuhören dürfen. Ich halte mich aber kürzer als die 7 Stunden im Gerichtssaal.

Ich habe so glaube ich etwas verpasst. Geht es um eine Stelle für alte Leute, also 60/65 Plus oder geht es um eine Gesellschaft. Ich möchte meiner Vorrednerin entgegenhalten, es gibt keine schlechtere Instanz als eine staatliche Instanz, um Gesellschaftsarbeit zu regeln. Keine staatliche Stelle wird das sicherstellen können, was tagtäglich von etlichen 100 Lenzburgerinnen und Lenzburger in der Freiwilligenarbeit ausgeführt wird. Wir haben über 90 aktive Vereine gemäss der Liste, welche bei der Stadt Lenzburg publiziert und ersichtlich ist. Über alle Altersgruppen, von Sport bis Kultur von Umweltthemen bis zu Autofahren, für jeden gibt es etwas. Das Leben passiert in den Quartieren, das Leben passiert in den Organisationen, wo die Stadt lebt. Keine staatliche Stelle mit 60 % wird in irgendwelcher Art und Weise dies koordinieren geschweige denn fördern können. Dies kann nur die Gemeinschaft von Lenzburgerinnen und Lenzburgern miteinander. Aber es ist natürlich verständlich, wieso dass das von gewissen Seiten gefordert wird und wenn schon unser FDP-Stadtrat persönlich angegriffen wird, das Bewirtschaften von Soziallobbyismus, kann man. Aber wir als FDP sind entschieden dagegen, 60% für eine Stelle aufzuwenden, welche in keiner Art und Weise dem gesellschaftlichen Leben dienlich sein wird in der Stadt Lenzburg. Deshalb setzt sich die FDP Lenzburg für die Vereinstätigkeit ein. Alle unsere Mitglieder haben dies schon mehrfach bewiesen in dem wir aktiv sind. Jeder einzelne von uns. Wir werden nicht eine zusätzliche Stelle schaffen, welche irgendetwas bewirtschaften soll. Die FDP wir diesem Antrag nicht zustimmen. Danke.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzte Anwesende, ich komme nochmals. Ich finde es interessant, wie man gut aus der privilegierten Perspektive argumentieren kann. Ich frage mich, woher kommt das, dass die Fachstelle Gesellschaft nichts nützen wird? Wieso haben dann andere Städte eine solche Fachstelle? Wir wissen alle, wir werden immer älter und man weiss auch, dass man im Alter einsamer wird. Auch wenn man Geld hat. Es braucht Effort, Leute zu integrieren. Wenn Leute integriert sind in der Gesellschaft sind sie gesünder und produzieren so weniger Spitalkosten oder gebundene Kosten für Lenzburg. Wenn sie integriert sind, können sie auch länger zu Hause bleiben und müssen weniger in ein Pflegeheim. Aber dies muss von Freiwilligen koordiniert werden. Das ist kein Selbstläufer. Ihr habt liberales Gedankengut, das ist eure Position, die dürft ihr haben. Ich wäre einfach froh um ein bisschen Fleisch am Knochen bei den Argumenten.

Das letzte, was ich noch sagen wollte, es geht nicht nur um Leute im Alter bei der Fachstelle Gesellschaft. Es geht auch um die Jugend oder alle gesellschaftlichen Bereiche, welche koordiniert werden müssen. Viele geben dem Individuum Schuld, wenn etwas schief läuft. Dem individuellen

Lebenswandel. Jeder ist seines Glückes Schmied, aber nicht jeder Schmied hat Glück. So kann man nur aus einer privilegierten Position argumentieren. Danke.

Michael Häusermann (SVP): Herr Präsident, geschätzte Anwesende, wissen Sie warum, dass ich schon über 20 Jahre im Einwohnerrat bin? Weil es einfach spannend ist und es ist auch heute Abend wieder wahnsinnig spannend und darum mache ich noch einmal 2-3 Jahre.

Herr Vizeammann und Finanzminister hat uns die finanzielle Zukunft ein bisschen aufgezeigt. Ich gebe Recht, wir hatten gute Abschlüsse in den letzten Jahren und das Chaos ein wenig abgewendet. Aber ich glaube, die CHF 60 Mio. Investitionen sind auch nicht ganz aus der Luft gegriffen. Ich habe vor einem Jahr, wir kommen dann nachher noch auf die Umweltstelle zu sprechen, schon gesagt, ich bewillige 100 % Umweltstelle, wenn wir an einem anderen Punkt runter gehen können. Das ist nicht passiert. Wir sind jetzt wieder am gleichen Punkt. Wieder gibt es so eine Stelle. Wir hören, wie in etwa die Aussichten sind, finanziell, und ich höre von dieser Seite hier nur Forderungen nach Mehrausgaben. Wir haben heute Abend angefangen mit CHF 25'000 beim Mittagstisch. Kein Thema, das machen wir. Aber jetzt sind wir beim nächsten. Zusammen gezählt sind das etwa CHF 106'000.

Ich höre, wie wichtig diese Stelle ist, gut und recht. Aber ich höre nirgends, wo wir sparen könnten. Der Einwohnerrat ist nicht in der Lage irgendwo herunterzufahren. Dies macht mir schon Sorgen. Es kommen nur Forderungen nach mehr und nichts vom anderen. Ich habe es auch schon angetönt, wir schaffen eine Stelle, weil andere Städte das auch haben. Die grossen Städte Zürich, Bern, Basel sind auch eher links regiert. Ich stimme dem Votum von Christoph Nyffeler zu 100 % zu. Da schaffen wir eine Stelle, die etwas koordinieren kann etc. und bringt etwas zusammen. Aber was tut denn diese Person gezielt gegen die Vereinsamung von beispielsweise Frau Meier? Woher weiss die Person, dass Frau Meier einsam ist? Es wäre hier an den Nachbarn zu reagieren und nicht an einer Verwaltungsstelle. Diese Stelle ist abzulehnen. Oder gibt es einen anderen Ort wo gespart werden kann? Die Polizei wurde genannt, aber es kommt auch kein Vorschlag einen Polizisten einzusparen. Danke.

Francis Kuhlen (FDP): Meine Damen und Herren, ich finde es einfach rührend, als einziger in diesem Raum, der in den nächsten Jahren dazu beiträgt, dass die 80-jährigen zunehmen, wie ihr euch oder wie sich diese Stelle um mich kümmern will. Jetzt komme ich formell einmal zurück auf mein Votum in Zusammenhang mit dem Budget und dem Finanzplan. Der Stadtrat hat angefangen, im Budget neue Stellen genau zu beschreiben mit Stellenprofilen und Anforderungsprofilen. Das ist das Minimum, das ich erwarte, wenn man dem Einwohnerrat so einen Antrag stellt. Es ist auch wichtig, dass da drinsteht, was die Ziele dieser Stelle sind. Messbare Ziele, wo man nach einem Jahr sagen kann, das ist erreicht oder nicht erreicht. Allein schon deshalb lehne ich den Antrag ab. Weil das einfach fehlt. Der Stadtrat hat jetzt wirklich ein gutes Beispiel gemacht, wie er das eingeführt hat und das fehlt in dem Antrag. Der zweite Punkt ist wie ich schon mal gesagt habe "act now". Also wenn man sich so rührend um die älteren Leute kümmern will, dann sollen wir doch bitte einmal sagen "act now" was träge ich dazu bei in der Gesellschaft für die älteren Leute. Jede und jeder soll sich einmal fragen ob so eine Stelle in der Stadt das fördert, dass er oder sie etwas mehr macht für die älteren Leute. Ich finde es rührend, dass über das Alter geredet wird und man sich sorgt. Aber ich habe einen Horror davor, dass ich als alter Mann geschützt werden muss. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, Personen, welche im Altersheim wohnen sind handicapiert oder pflegebedürftig. Die können nicht mehr allein wohnen. Aus meiner Sicht hat das nichts mit Vernachlässigung der Gesellschaft zu tun. Aber man soll sich wirklich mal überlegen im Sinne von "act now" was träge ich zur Gesellschaft

bei. Nicht nur für ältere Leute, sondern auch beispielsweise für Familie+. Das würde mehr bringen als eine solche Stelle.

Julia Mosimann (SP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Anwesende aus beiden Räten, liebe Medienschaffende, es macht mich ehrlich gesagt gerade ein bisschen wütend, wie über das Thema von unserer Gesellschaft diskutiert wird. Als wäre es einfach eine Sache. Es wird diskutiert von einem Privileg, welches nicht alle haben. Es geht nicht allen Menschen einfach gut und nicht alle können sich um ihre Gesundheit kümmern. Es haben nicht alle Menschen ein Netz um sich herum auf das sie zählen können. Ich arbeite im Gesundheitswesen, im Spital. Ich sehe tagtäglich Herausforderungen, wo wir merken, dass das Netz oder die Ansprechperson fehlt. Es gibt Institutionen und es gibt Arbeitsstellen, welche das Abdecken, aber das deckt nur einen kleinen Rahmen ab. Das deckt es nicht grossflächig ab und genau für das wäre so eine Stelle extrem wichtig. Sei das für die Jugend oder sei das fürs Alter. Wir müssen uns nicht nur auf das Alter konzentrieren, aber das ist jetzt einfach ein Beispiel, welches sehr real und wichtig ist, und wo etwas Grösseres auf uns zukommt. Es ist einfach zu sagen, kümmert euch doch um euch, selbst wenn man das kann, das kann nicht jeder. Das kann nicht jeder, weil er vielleicht die Ressourcen nicht hat, weil er die sprachlichen Kommunikationsfähigkeiten nicht hat, weil er die Finanzen nicht hat. Es ist wichtig, dass wir da etwas machen für die allgemeine Gesellschaft. Ich verstehe es, dass es schwierig ist oder dass man nicht zufrieden ist mit dem Stellenbeschrieb, weil er schwammig ist. Meine Einschätzung ist, dass so ein Stellenbeschrieb schwierig ist genau zu definieren, weil es ein grosses Thema ist. Man muss erst schauen, wo sind schlussendlich die Bedürfnisse? Es geht am Schluss darum, dass man eine Koordination und eine Anlaufstelle schafft, genau wieder aus meiner Perspektive heraus, wenn man im Spital ist, dass man nachher nicht einfach irgendwo abgeschoben wird. Dies ist ganz häufig der Fall. Die Person wird entlassen und weitergegeben und da soll geschaut werden, wie es weiter geht. Es wäre wichtig, wenn es eine Stelle gäbe, wie eben zum Beispiel die Gemeinde, welche gewisse Sachen aufnehmen und koordinieren kann.

Mein Appell ist denken wir über die eigene Nasenspitze hinaus. Denken und nehmen wir die ganze Gesellschaft rein und schauen, was auf uns zukommt. Nicht nur auf das Alter bezogen, sondern auch für die Jugend. Es ist wichtig, dass wir auch in diese Themen investieren. Um noch auf das Budget zu kommen, da gibt es im Moment einfach kein Potential etwas zu sparen. Aber ich finde, wenn wir jetzt investieren, kommt uns das in Zukunft zu Gute.

Anja Kroll (Grüne): Ich fühle mich ein bisschen herausgefordert. Es ist nicht nur eine Überzeugung, sondern es spart effektiv Kosten, wenn Menschen möglichst nicht ins Altersheim gehen, denn das muss die Gemeinde dann viel stärker tragen. Also muss es unser gemeinsames Ziel sein, die Autonomie, den Autonomiewunsch von Menschen so lange wie möglich, zu unterstützen. Es wurde angesprochen - Nachbarschaftsnetze, das ist großartig, aber nicht alle haben die und es ist nicht immer sichtbar, gerade wenn Menschen wirklich verwahrlost oder vereinsamt sind, dann wird das oft relativ spät festgestellt. Da wäre eben tatsächlich eine Gemeinde eine gute Anlaufstelle, weil zum Teil dann über die Sozialarbeit auch einfach mehr Informationen vorhanden sind und man da auch Massnahmen einleiten kann. Ich fühle mich herausgefordert zu sagen, was machst denn du eigentlich werde doch mal aktiv. Es ist nicht so, dass man hier nur fordert. Ich weiss Francis in deinem Alter, du nutzt deine Kenntnisse und stellst sie der Gesellschaft zur Verfügung als Präsident der GPFK, das ist grossartig. Ich finde, da bist du an einem guten Ort und ich danke dir herzlich dafür. Aber es kann ja nicht jeder GPFK-Präsident werden. Also das geht nicht und da muss einfach jemand anders vielleicht auch einen anderen Dienst erbringen und es gäbe wirklich eine ganze Menge mehr, was

wir in der Gemeinde tun können. Mein Beitrag besteht darin, dass ich eine Ausbildung gemacht habe für die freiwillige Begleitung in der palliativen Spiritual-Care. Das ist von der evangelischen Landeskirche, die also auch Freiwillige koordiniert. Das sind Menschen, die sterbende und schwerkranke begleiten und das sind vor allen Dingen Nachtwachen. Und ich kann euch sagen, in dem Bereich trifft man auf Menschen, die sind alle pensioniert und 3/4 der Menschen haben als Berufshintergrund in der Pflege gearbeitet und die sagen, ich möchte jetzt endlich mal Zeit haben für die Menschen. Ich finde es schockierend. Aber man muss Angebot und Nachfrage zusammenbringen. Dann habe ich noch eine Mutter und da bin ich privat auch tätig. Also es ist nicht so, dass wir alle nichts machen und immer nur sagen, der Staat soll es finanzieren. Aber wir wünschen uns Unterstützung vor allen Dingen auch die Frauen, die in dieser freiwilligen Situation drin sind, wären einfach froh, sie müssten nicht immer jedes bisschen Know-How mühsam selbst herausfinden, sondern es gäbe mal Anlaufstellen, die Kompetenzen und den Überblick haben und auch vernetzen können. Vielen Dank.

Markus Thöny (SVP): Werter Herr Präsident, geschätzte Anwesende, es ist nicht so meine Art einfach so unvorbereitet ans Rednerpult zu gehen. Trotzdem möchte ich noch 2-3 Sachen sagen zu den Dingen, die wir gehört haben heute Abend. Wenn ich es richtig verstehe, schaffen wir eine Stelle bevor klar ist was die überhaupt tun muss? Diese 60 % Stelle, wie soll die alles abdecken, was wir jetzt gehört haben? Das ist schlichtweg nicht möglich. Bitte überlegt euch zuerst genau, was die Stelle machen soll und kommt dann mit einem klaren Antrag. Es gibt ja auch noch die Pro Senectute. Besten Dank.

Rudolf Baumann (SVP): Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder, geschätzte Gäste, es macht mich langsam wütend das zu hören. Ich gehöre zu dieser Generation und glaube, wenn man etwas will dann muss man auch etwas geben. Früher waren für die älteren Leute auch mal die Kirchen zuständig, aber da bekommt man auch nichts mehr. Und wir wollen hier eine Stelle schaffen für Menschen, die nichts machen und durch die Masche fallen. Das ist nicht die Aufgabe des Staates. Wenn wir diese Stelle auf 100 % aufrechnen, kostet uns das CHF 170'000, das finde ich etwas übertrieben. Ich wünsche ich könnte diesen Lohn irgendwo beziehen.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzte Anwesende, ich möchte nur kurz replizieren, weil ich da ein paarmal erwähnt worden bin. Es geht wirklich nicht um eine Person, welche jetzt nach Hause geht zu den Leuten, um die irgendwie zu integrieren. Es ist eine Koordinationsstelle. Es ist wie in einem Unternehmen. Es ist nicht nur die Unternehmerin oder der Unternehmer, welche das Geld in dieser Firma verdient, sondern es sind auch Mitarbeitende welche das Unternehmen weiterbringen und Geld generieren. So wäre es auch bei der Koordinationsstelle. Sie würde die Angebote, die schon da sind, koordinieren zu Gunsten der ganzen Gesellschaft. Es ist jetzt ein paar Mal aus der privilegierten Position diskutiert worden. Das ist okay. Ich finde es einfach schade, dass das Thema ins lächerliche gezogen wird. Aber das ist Charaktersache.

Thomas Schär (SP): Werter Präsident liebe Anwesende, ich glaube, die Fronten sind geklärt. Es hat wirklich ein bisschen mit dem Menschenbild zu tun. Mir hat es den Hut schon lange gelupft. Wir diskutieren über 20 Rappen für Briefmarken oder Aperos in Altersheimen. Darum geht es aber nicht. Es geht auch nicht um selbstbewusstes Auftreten nach 7 Stunden Gerichtsverhandlung. Es geht um eine Koordinationsstelle welche Angebote von Freiwilligen und Vereinen koordiniert und Ansprechstelle ist, wenn einmal etwas nicht so läuft wie es sollte. Unter dem Strich gibt die öffentliche Hand so weniger Steuergeld aus und darum geht es. Ich selbst bin im Vorstand des Jugendvereins, der

kurz vor dem Kollabieren gewesen ist. Aber dann sind ältere Leute wieder in den Vorstand gekommen und haben das Ganze wieder zum Laufen gebracht. Wir haben Ansprechpartner bei der Stadt und bei der Kirche. Es gibt gute Angebote der Kirche. Und es gibt gute Angebote von Freiwilligen, wenn man mit denen zusammenarbeitet. Wenn es aber bei diesen Vereinen mal nicht läuft und die dann froh um Unterstützung und eine Stelle wären, wo sie ansaugen können. Die Stelle soll koordinieren. Sie soll nicht alles übernehmen. Wenn du Unternehmer bist, wenn du dafür Bewilligungen brauchst, dann brauchst du auch eine Ansprechstelle, die dir erklärt, wie das geht. Da ist der Staat dann wieder gut, wenn er dort unterstützt. Wie gesagt, ich finde die Stelle wichtig und wir müssen dafür nicht nach Zürich, Bern oder Luzern gehen, sondern z.B. nach Suhr. Das ist in der Nähe und die haben eine gute Stelle umgesetzt. Unter dem Strich gibt die öffentliche Hand weniger Steuergeld aus.

Heiner Cueni (FDP): Geschätzte Anwesende im Raum, ich will jetzt nicht erzählen, was ich und meine Familie alles in Lenzburg schon gemacht haben. Aber ich stelle an dieser Stelle den Ordnungsantrag, dass wir abstimmen und dass wir einen Schritt weiterkommen. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke für das Votum Heiner. Dann würden wir jetzt darüber abstimmen. Wer dem Änderungsantrag, der wie folgt lautet zustimmen kann, soll dies mit Aufstehen bezeugen.

Es soll eine Abteilung Gesellschaft mit einer 60 % Stelle geschaffen werden im Bereich 5 Soziales und Sicherheit, wo CHF 102'000 eingestellt werden sollen, welche auf diverse Konti aufgeschlüsselt werden. Löhne, Aus- und Weiterbildung des Personals, übriger Personalaufwand, Büromaterial, Fachliteratur, Zeitschriften, Telefon und Internet-Gebühren.

Abstimmung

Wir haben 12 Ja-Stimmen zu 22-Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir befinden uns in der Detailberatung. Wir sind noch im Bereich 5, Soziales und Sicherheit. Gibt es da noch weitere Wortmeldungen? Dann kommen wir zum Thema Umweltschutz und Raumordnung.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzte Damen und Herren, Konto 7690.3130.01, übrige Bekämpfung von Umweltverschmutzung, Dienstleistungen Dritter. Im Namen der SVP und der Mitte stellen wir folgenden Antrag:

Die beantragten CHF 50'000 für die Erarbeitung einer Klimastrategie und Klimaanpassungsstrategie ist ersatzlos zu streichen.

Wie begründen wir das? Wir haben hier vor einem Jahr über diese Stelle gesprochen und auch heute Abend wurde bereits darüber debattiert. Die Stadt Lenzburg hat seit dem 1. Juni 2023 eine Fachstelle Umwelt. Die ist besetzt worden mit Herrn Chopard, der gemäss den Ausführungen von unserem Städtammann eine ausgewiesene Fachperson in Umweltthemen ist. Wenn wir eine so ausgewiesene Fachperson haben, dann verstehen wir dies so, dass diese Person wahrscheinlich einmal eine Auslegeordnung macht und eine Strategie ausarbeitet, und zurecht legt was es zu tun gibt. Aber das macht diese Person nicht, sie generiert als erste Amtshandlung Kosten. Sie beantragt

CHF 50'000 für Dienstleistungen Dritter. Da haben wir Fragen. Geschätzte Damen und Herren, geschätzter Stadtrat, entweder haben wir eine Fachperson in diesem Amt, welche eben Fachperson ist, und dann kann er diese Klimastrategie ausarbeiten oder wir haben dort einfach die falsche Person an dieser Stelle. Für uns ist klar, diese CHF 50'000 müssen gestrichen werden. Der Herr hat offenbar die Fachkenntnis und er soll es darum auch selbst erarbeiten. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir würden nun über den Änderungsantrag diskutieren und nachher befinden. Es geht um die Streichung von CHF 50'000 im Konto 7690.3130.01. Gibt es dazu Wortmeldungen?

Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, ich habe jetzt gerade wieder Mutmassungen gehört. Es war ja abzusehen, dass dieser Änderungsantrag kommt. Ich habe darum nachgefragt, warum man dieses Geld braucht und ich möchte jetzt kurz sagen, was man sich darunter vorzustellen hat. Aber wichtig ist mir auch noch mal auf die Timeline zurückzukommen. Es ist ja nicht so, dass diese Person, die eingestellt wurde, jetzt sagt, ich brauche das Budget, sondern dass mit der Besetzung der Stelle auch externe Kosten anfallen. Das hat der Vorgesetzte, also der Leiter Tiefbau & Verkehr, von Anfang an so geplant, bevor überhaupt klar war, wer eingestellt wird. Es hat also nichts mit den Fähigkeiten von irgendeiner Person zu tun. Die Stelle, der wir als Einwohnerrat im letzten Jahr zugestimmt haben, ist zum 1. Januar ausgeschrieben worden. Wir haben uns darüber gefreut, dass Lenzburg ins Handeln kommt, nach dem Motto "act now". In der Ausschreibung war zu lesen, dass die Person verantwortlich ist für die Erarbeitung der städtischen Klimastrategie. Das ist nicht dasselbe. Man muss es vielleicht mal genau lesen, aber verantwortlich sein und selbst machen ist nicht das Gleiche.

Für diejenigen die feixen, wir hatten die gleiche Diskussion ja kürzlich, als wir eine Leiterin Immobilien eingestellt hatten und dann war auch die Diskussion wieso macht die die Strategie jetzt nicht selbst? Wieso braucht es noch externe Kosten? Tatsächlich haben wir in vielen Bereichen externe Kosten. Gerade im Tiefbau gibt es glaube ich kein Verkehrsprojekt, ohne dass irgendwelche Ingenieurbüros ihre Fachkenntnisse dazu beitragen. Man kann darüber streiten, ob das an der Stelle sinnvoll ist. Ich möchte zu bedenken geben, dass die Stelle ein paar Monate später besetzt wurde, als sie eigentlich im Budget vorgesehen war. Aus meiner Sicht stellt sich auch die Frage, wie kann man die Zeit wieder aufholen? Ein Argument war, dass man ein Dokument in der Budgetrunde haben möchte, was ausgereift ist, so dass man dann auch die Massnahmenpakete in die nächste Budgetrunde 2025 reinnehmen kann. Die beginnt im April. Man hat 5 Monate verloren, "make or bye" ist einfach auch eine valide Frage für manche Dinge. Man kann die Dinge ja drehen und wenden, wie man will, man kann selbstverständlich die Strategie auch intern erstellen. Christian Brenner hat mir auch versichert, er hat gar keine Zweifel daran, dass Max Chopard dazu in der Lage ist. Die Frage ist einfach - wann haben wir dann die entsprechenden Fakten auf dem Tisch, wie wir vorgehen wollen. Und es ist so, dass alle Massnahmen Geld kosten werden. Mir scheint das irgendwie klug, nicht einfach nur zu sagen, wir wissen ja sowieso schon, was wir machen wollen, ohne vorher eine gescheite Kostennutzenanalyse zu machen. Es hat sich eigentlich immer bewährt, dass genaues Hinschauen und auch eine Beratung von Experten langfristig Geld spart. Das ist keine Meinungssache es gibt auch Fakten dazu und ich verstehe nicht, wieso gerade bei den Parteien, die doch immer so unternehmerisch argumentieren, das so schwierig ist zu verstehen, was eigentlich damit für Vorteile verbunden sind. Anders gesagt, wenn wir kein gescheites Papier haben, wird es im Budget untergehen und wir verlieren wieder ein Jahr. Wir haben es diesen Sommer erlebt, was es bedeutet, wenn man

Anpassungsmassnahmen, Schutzmassnahmen nicht rechtzeitig ergreift. Das wird einfach immer nur noch teurer. "act now" finde ich super und das heisst ein Papier zu erarbeiten, das breit abgestützt ist. Man kann das intern erarbeiten. Wir verlieren Zeit und das fände ich jetzt nicht so gut und vor allem passiert ja dann das andere. Dass wenn das Papier intern erarbeitet wird, beispielsweise das Friedhofsreglement, das dann auch wieder nicht gut genug ist, weil man irgendwelche anderen Dinge oder Meinungen nicht abgeholt hat. Ich meine, es gibt immer Argumente für irgendwas. Ich möchte die Freunde von der FDP und von den anderen Parteien, die da führend waren, GLP war auch dabei, die SVP war dabei, einfach mal daran erinnern, dass sie auch schon gesagt haben, es braucht Massnahmen fürs Klima. Am 5. Mai 2022 hat man diese Dinge unterstützt und hat gesagt, jawohl, das wollen wir jetzt. Ich verstehe nicht, wie man zu diesem Zeitpunkt wo die Person jetzt mal gerade 3 Monate überhaupt hat arbeiten können, schon irgendwie sagt wir wissen, dass sie keine externe Unterstützung braucht, damit es rechtzeitig fertig wird. Das ist doch relativ anmassend und ich finde es auch einen ziemlich starken Eingriff des Einwohnerrats in die operative Ebene. Da bin ich eher nicht dafür.

Man kann es natürlich machen, man kann den Antrag stellen, man kann es durchwinken und man kann immer so taktisch vorgehen, dass man lange Zeit findet, brauchen wir alles nicht. Wenn man dann die Zeichen der Zeit leider lesen muss und nicht mehr verhindern kann, dann kann man auch sagen ja gut, wir machen ein bisschen was und dann kann man sicher auch den Menschen Arbeitsmittel nicht geben, damit Sie ihre Arbeit gründlich und zuverlässig machen können, kann man alles so machen. Ich hoffe, die Wähler werden das dann entsprechend auch verstehen, dass es halt Menschen gibt, hier im Rat, die anders handeln, als sie ihren Wählern sagen.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzte Damen und Herren, in dem Raum, ich habe extra die Krawatte ausgezogen, um nicht auf das Äussere reduziert zu werden. Im Gerichtssaal ist dies leider opportun. Logisch haben wir von bürgerlicher Seite eine andere Auffassung als links, sonst wären ja alle in der gleichen Partei. Es ist mir vorhin vorgeworfen worden, ich bringe keine Argumente, wieso dass wir von der FDP einen solchen Antrag unterstützen. Ich probiere das kurz und bündig zu erläutern. Wenn wir über Umweltschutz reden, geht es darum, dass wir heute Massnahmen umsetzen, welche seit Jahren und Jahrzehnten bekannt sind und seit Jahren und Jahrzehnten von ganz bestimmter Seite immer und immer wieder verhindert werden. Ich weiss das aus eigener unternehmerischer Erfahrung. Wir wissen, dass wir PV-Anlagen auf das Dach installieren müssen. Die IG-Klimazukunft Lenzburg hat eine Motion eingereicht diesbezüglich, unterstützt von praktisch allen Anwesenden in diesem Rat. Wir wissen, dass wir entsiegeln müssen. Wir haben einen Antrag eingereicht an den Stadtrat, welcher leider Gottes den Weg nicht ins Budget oder noch nicht ins Budget hineingefunden hat. Wir wissen, dass wir die Biodiversität fördern müssen. Wir wissen, dass wir die Neophyten bekämpfen müssen wir wissen, dass wir mit dem Wasserhaushalt gut umgehen müssen, das Wissen vor allem diejenigen welche einen Landwirtschaftsbetrieb haben am besten. Wir wissen, was wir machen müssen. Wir wissen, dass wir den ÖV fördern müssen. Wir wissen, dass wir Elektromobilität fördern müssen, indem dass wir Plätze zur Verfügung stellen, wo Sharing-Modelle für Elektromobilitätsfahrzeuge 4 oder 2 rädig zur Verfügung stehen. Wir wissen das alles. Ganz ehrlich gesagt geben wir lieber CHF 50'000 aus, um eine Massnahme umzusetzen, welche seit Jahren zum Teil Jahrzehnten bekannt ist. Es braucht nicht nochmals eine Studie auf Ebene Lenzburg, weil seien wir ehrlich, wie viele Gemeinden hat der Aargau etwas über 200 und alle von denen könnten CHF 50'000 ausgeben. Die Resultate sind die Gleichen. Alle von denen wissen, was gemacht werden muss und ich wehre mich entschieden dagegen, wenn ein liberales Gedankengut missbraucht wird in einem Votum. Es geht darum zu machen, was wir bereits wissen und nicht die Probleme bewirtschaften. Ich

hoffe, dass die Versprechungen, auch wenn wir den Wahlkampf nehmen, dann endlich einmal umgesetzt werden. Es soll nicht einfach immer nur eine Problem Bewirtschaftung gemacht werden, indem dass Experten zusammensitzen und diskutieren, was wir machen können, sondern dass man eben etwas macht. Darum, wenn wir einen Antrag formulieren würden diese CHF 50'000 in eine PV-Anlage zu investieren, dann wären wir, glaube ich, alle sofort dafür. Von SVP bis zu den Grünen nehme ich jetzt einmal an. Aber CHF 50'000 in etwas zu investieren, obwohl wir alle zusammen wissen, was wir machen müssen, ist nicht opportun. Danke.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, werte Gäste, die noch hier sind. Ich habe auch mit Max Chopard darüber geredet, was so eigentlich seine Arbeit ist, welche er bereits gemacht hat. Leider konnte er mir die nicht zeigen. Dies war an dem Punkt vom Gespräch gerade mal so ein bisschen ein Dämpfer. Ich weiss, was alles eingeflossen ist und aus welchen Kommissionen Sachen eingeflossen sind. Ich weiss, dass von der IG-Klimazukunft ganz viele Ziele auch mit eingeflossen sind. Aber die Rohfassung von diesen zusammengetragenen Punkten, welche wir in Lenzburg umsetzen sollten, durfte ich leider nicht einsehen. Seine Begründung war, das muss zuerst geschärft werden. Die Diskussion soll noch nicht zu früh rausgehen. Die kommen schon noch in den Rat hinein, aber er will auch eine externe zusätzliche Beurteilung dazu haben, welche Einstufung ist wo und wie sinnvoll. Aus dem Antrag für die externen Kosten kann ich eigentlich nur schliessen, dass genau dort, und das war ja auch ein Votum der Stadträtin Barbara Portmann in der GPFK, dass die Ziele, welche man gesammelt hat, fundierter abgestützt werden sollen. Auf ihre Wirksamkeit auf die lokale Forderung. Jetzt kann man sagen, okay, wir haben Grundwissen und wissen, wo wir was umsetzen, sollen und mit welchen wir anfangen sollen. Man könnte es versuchen so hätten wir aber auch ein paar von diesen "low hanging fruits" welche für Lenzburg passend wären nicht drin. Ich bin dazu geneigt, die CHF 50'000 auszugeben, um eine bessere Grundlage an Daten zu haben, um eine weitere Sicht darauf zu haben. Das mag mein Ingenieurwesen sein, welches da spricht und nicht vielleicht, wie ein raues Haudegen Vorgehen "Lass uns einfach jetzt machen". Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Kristina Schärer (Grüne): Geschätzte Anwesende, ich spreche mich auch ganz klar für die CHF 50'000 aus. Wir sind in einer Klimakrise und die Strategie, welche ausgearbeitet wird, da geht es nicht um den Klimaschutz. Es geht auch um Klimaanpassungen. Wir müssen uns anpassen. Unser Leben wird sich verändern wegen der Klimakrise. Es wird wärmer werden und ich glaube, wie Anja das auch schon vorher gesagt hat, wir brauchen eine fundierte Basis und wir brauchen eine Strategie. Wir müssen wissen, was wir machen und wir müssen das schnell wissen. Es geht schneller, wenn wir externe Fachkräfte dazu holen und es schliesst nicht aus, dass wir gewisse Dinge schon eingebracht haben. Beispielsweise PV-Anlagen fördern und entwickeln. Es schliesst nicht aus dies gleichzeitig zu tun. Ich finde beim Klimaschutz sparen ist der falsche Ort. Das wird später nur noch teurer und schlimmer für Lenzburg. Lenzburg kann das Klima nicht alleine retten aber Lenzburg kann sich darauf vorbereiten und Anpassungen machen, damit es für die Bevölkerung weniger schlimme Folgen haben wird. Ich bin ganz bei Adrian und unterstütze den Antrag, dass die CHF 50'000 ausgegeben werden. Danke.

Philippe Minnig (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren aus beiden Räten, geschätzte Anwesende. Ich unterstütze viel von dem, was vorher gesagt wurde und befinde mich in einem Konflikt, nämlich dass man alles haben will und ich unseren Finanzminister höre "wir haben kein Geld". Wenn ich mir die Zahlen anschau, sehe ich, dass wir CHF 82'000 Lohn und CHF 96'000

externe Kosten haben. Wir reden davon dort CHF 50'000 runterzugehen. Man hätte dann nicht 0, sondern immer noch CHF 46'000 welche man ausgeben könnte für Dritte. Das finde ich immer noch sehr viel. Das ist mehr als die Hälfte des eigentlichen Lohns. CHF 46'000 Franken externe Beratung, da kann man an die eigene Berufstätigkeit denken und sich überlegen wann kann ich an meiner Stelle über so viel Geld verfügen und was könnte ich mit so viel Geld alles machen. Ich finde das ist völlig am Ziel vorbeigeschossen. Niemand will jemandem zu leide werken. Der Herr ist noch nicht so lange im Amt der soll sich ruhig noch etwas Zeit lassen, um die weiteren CHF 50'000 vielleicht an einem anderen Ort einzusetzen. Vielleicht konkrete Handlungsvorschläge bereits irgendwo platzieren im Budgetprozess vom nächsten Jahr. Der fängt nämlich nicht einfach Ende Jahr an, der fängt irgendwann im Frühling an. Das heisst die Zeit, bis er wieder an die CHF 50'000 denken kann ist nicht ein Jahr. Es geht ein Jahr, bis es wieder bei uns ist und wir wieder diskutieren können. Aber die Zeit, die er dann hat, sind einfach ein paar Monate mehr und dann ist er erst ein Jahr im Amt. Ein Jahr in dem er CHF 46'000 hat ausgeben können. Denkt einfach nochmal daran, ich wüsste nicht, wer von uns im Alltag Zugriff auf so viel Geld hat, sei es in reduzierter oder voller Form. Danke.

Regula Züger (Grüne): Mir ist im Prinzip recht, wenn man jetzt nicht nochmal CHF 50'000 ausgibt für eine Strategie, sondern jetzt "act now" macht. Das ist das, was wir Grünen schon lange sagen und zwar seit Jahrzehnten. Nicht etwa nur diese Parteien welche jetzt auf "act now" machen. Wenn das "act now" jetzt wirklich stattfindet und nicht wieder von der gleichen Seite kommt wir machen es nicht es ist zu teuer, dann wäre ich sofort für das Streichen von dieser Strategie. Ich finde auch wir wissen schon sehr lange, was wir tun müssen. Ich bin auch damit einverstanden, dass wir es vielleicht noch fundierter abklären können aber grundsätzlich wissen wir was zu tun ist. Das sagen die Grünen schon lange. Es sind genau die Parteien, welche jetzt sagen wir wissen was zu tun ist welche eine lange Zeit blockiert haben. Wenn ihr jetzt aufhört zu blockieren dann bin ich sofort dafür, dass die CHF 50'000 für etwas anderes eingesetzt werden. Nämlich für die wirkliche Umsetzung. Aber dann gibt es das nicht, dass man wieder blockiert. Danke.

Stadtammann Daniel Mosimann: Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mir schon gedacht, dass dies noch viel zu debattieren gibt. Es wurde erwähnt, Herr Chopard hat am 1. Juli angefangen und der Stadtrat hat diese Strategie mit den dazugehörigen Handlungsfeldern und Massnahmen in Auftrag gegeben, Herr Chopard handelt im Auftrag des Stadtrats. So ist dieser Budgetantrag zustande gekommen. Herr Chopard ist verantwortlich für die Erarbeitung dieser städtischen Klimastrategie und wir möchten diese gerne im 1. Quartal 2024 verabschieden. Max Chopard ist unter anderem noch für die Energiestadt zuständig. Das ist mit einem Pensum von etwa 20 Prozent veranschlagt. Das ist ein guter Erfahrungswert und den haben wir übernommen. Dann gibt es auch noch Alltagsarbeiten. Es sind jetzt mittlerweile in diesen 2 oder 3 Monaten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit Klimaspaziergänge gemacht worden. "3, 2, 1 heiss" ist gemacht worden. Es läuft im Moment die Solarinitiative, ein Projekt, welches lanciert wurde in Zusammenarbeit mit der Uni Lausanne und mit der ETH Zürich. Bei diesem Projekt will man Liegenschaftsbesitzer anschreiben, bei denen man sieht, dass ihre Liegenschaft Potential hat für Solarenergie. Das sind einzelne Puzzleteile der Arbeit. Am Schluss geht es eigentlich darum, wir möchten gerne die Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie, wie wir es mal gesagt haben fertigstellen. Wenn wir diese Gelder nicht haben, wird die Strategie auch fertig gestellt aber wie gesagt, es dauert einfach länger. Mit Begleitung von einem externen Büro können die vielen geleisteten Vorarbeiten weitergeführt und finalisiert werden. Man kann Massnahmen in den vielen Handlungsfeldern definieren. Vom Energieplan, Energieversorgungskonzept, erneuerbaren Energien oder das ganze Thema Abfall oder Mobilität. Natürlich wissen

wir vieles, aber wir müssen wissen was wir als erstes in Angriff nehmen sollen. Wo haben wir die grösste Wirksamkeit. Für diese Dinge, denke ich, ist es wichtig einen externen Spiegel zu haben welche die Ergebnisse zeigt.

Ich möchte darauf hinweisen, die Stadt Aarau hat eine Stelle "Umwelt und Klima". Dort arbeiten 4 Personen. Die Stadt Aarau hat in ihre Klimaanpassungsstrategie CHF 100'000 investiert. Da gibt es einen Plan der nicht morgen aufhört. Sondern man weiss was man zu tun hat. Der Einwohnerrat hat dem Stadtrat hier den Auftrag gegeben bis 2024 Netto 0 zu sein. Da kann man nicht einfach sagen morgen machen wir das und übermorgen das. Dort geht es darum Ziele wirkungsvoll und koordiniert umzusetzen. Ich bitte den Einwohnerrat, die CHF 50'000 zu genehmigen, wie sie im Budget stehen. Danke.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke Dani, dann kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

Es betrifft das Konto 7690.3130.01 der Antrag ist, dass man die CHF 50'000 für die Erarbeitung einer Klimastrategie und Klimaanpassungsstrategie ersatzlos streichen soll. Wer diesem Antrag zustimmen kann, soll das bitte mit aufstehen bezeugen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wird mit 18 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen gutgeheissen.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir kommen zur Artengliederung und Investitionsrechnung Bilanzgeldflussrechnung und dem Rest vom Anhang

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kollegen, werter Stadtrat, ich weiss nicht wie oft sie im Bericht "Energiekostenpreise, die gestiegen sind" gelesen haben. Ich habe 10x gezählt.

Im Konto 3312.3120 sieht man den ganzen Effekt. Der ist irgendwie so um die CHF 330'000 herum, wo wir mehr Energiekosten prognostizieren. Warum sind wir da so unsicher? Warum haben wir nicht irgendwelche langfristigen Verträge mit der SWL, beziehungsweise die SWL dann wiederum da, wo sie einkauft von der AEW und die AEW weiss ich nicht, wo sie einkauft. Wir haben aktuell anscheinend keine Verträge, bei welchen wir langfristig Energiepreise festlegen. Wir kaufen blanko am Markt ein was kommt und darum machen wir in unseren Budgets die ganzen Schwankungen mit. Darum sind unsere Budgets in diesen Posten Wahrsagerei. Ich kenne kein Unternehmen, das dies macht. Entweder haben sie Energiemanager, wenn sie so viel Energie kaufen, die das wirklich im Griff haben oder es sind kleinere Unternehmen, die dann einkaufen, wenn sie müssen. Aber ich kenne kein Unternehmen, das einfach direkt am Markt einkaufen muss. Ich verstehe nicht, warum wir das als Stadt nicht machen. Das ist ein Punkt wo ich finde den möchte ich im nächsten Budget nicht mehr so sehen. Das ist für mich keine Absicherung und macht unsere Budgets sehr valabel. Das möchte ich dem Stadtrat ans Herz legen. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wenn es in diesem Teil keine weiteren Wortmeldungen gibt, mache ich die Runde noch einmal auf zu der gesamten Rechnung.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzte Damen und Herren, es tut mir leid, das ist am Anfang ein bisschen schnell gegangen. Wir haben im Votum zur Rechnung über Stellen debattiert und darum kommen wir gerne zurück auf das Konto 0222.3010.00 Bauverwaltung, Löhne. Wir stellen fest, dass es bei der Bauverwaltung in letzter Zeit personelle Veränderungen gegeben hat. Herr Savioni ist neu seit 2022 im Amt als Leiter Stadtplanung & Hochbau und weitere Mitarbeitende sind dort neu. Wir sind eigentlich der Auffassung, dass sich die Bauverwaltung zuerst einmal selbst besser organisieren sollte, bevor schon wieder neue Stellen beantragt werden. Von mir aus gesehen ist das eigentlich auch eine Kernaufgabe von Leitungspersonen. Die BNO die tritt frühestens Ende 2024 Kraft. Also dass man deswegen jetzt hier gerade Leute einstellen muss, so schnell geht die Bautätigkeit jetzt auch nicht los. Wir erwarten eigentlich von der Bauverwaltung, Organisationsoptimierungen dahingehend, dass sie eben zuerst einmal den eigenen Laden in Ordnung bringen und nicht auch noch Bauverwaltungen für andere Gemeinden führt. Dort hat man Kapazitäten, aber im eigenen Haus reicht es dann offenbar nicht mehr. Darum stellen wir folgenden Antrag:

Die vorgesehene Stellenerhöhung von 100 % einer Projektleitung sowie von 70 % für die Sachbearbeitung in der Abteilung, Stadtplanung & Hochbau ist, um mindestens ein Jahr zurückzustellen.
Merci.

Francis Kuhlen (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte da einmal etwas klarstellen in Bezug auf Behauptung, dass die BNO frühestens Ende 2024 in Kraft tritt. Ich bin in der Spezialkommission und habe doch eine gewisse Ahnung, was da so abläuft. Vor allem zeitlich habe ich extra noch einmal abgeklärt was da so passiert im besten oder schlimmsten Fall, wenn wir die BNO im Oktober im Einwohnerrat beschliessen. Falls wir das beschliessen und gutheissen, dann gibt es eine Referendumsfrist von 30 Tagen. Wenn die abläuft, dann wissen wir Ende Jahr mit ziemlicher Sicherheit und nur noch abhängig von der Genehmigung von der Regierung, dass die BNO in Kraft treten wird. Wenn das Referendum ergriffen wird, dann wissen wir es spätestens im März, weil dann wird die Abstimmung sein und dann wissen wir, ob sie angenommen wird oder nicht. Wenn im Einwohnerrat die BNO angenommen worden ist, dann werden sich mit grösster Wahrscheinlichkeit die Investoren bereitmachen, und die zurückgestellten Projekte anfangen zu erarbeiten und die Entwürfe und so weiter vorzubereiten im Sinne einer Baueingabe. Das heisst mit anderen Worten, sobald die dann in Kraft tritt, vermutlich Mitte Jahr nach Genehmigung der Regierung, werden Projekte eingereicht und dann wird es auf dieser Bauverwaltung einen Stau geben von Projekten, die nicht bearbeitet werden können. Ich höre heute schon von Bürgern, welche Bauvorhaben haben in dieser Stadt, dass sie nicht rechtzeitig Antwort erhalten. Das gibt dort einen Grund, die BNO wird bearbeitet und so weiter und so fort. Das ist dann hoffentlich nachher nicht mehr der Fall. Aber ich kann sagen, dann gibt es einen Stau und das wird die Bauverwaltung und damit auch die Stadt in ein ganz schlechtes Licht stellen.

Darum würde ich die Stellen bewilligen allerdings mit der Auflage, dass sie besetzt werden darf, abhängig von der Genehmigung der BNO.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Alles klar, also wir würden es administrativ so machen, dass wir zuerst den Antrag bezüglich Streichung fertig diskutieren und je nach Änderung nachher über den Antrag von Francis, abstimmen.

Stadtmann Daniel Mosimann: Vielen Dank für das Votum Francis. Es gibt verschiedene Aspekte. Der eine ist die Bauverwaltung wo es dann auch darum geht die Baugesuche zu bearbeiten. Wir

wissen nicht, ob wir Personal finden, welche wirklich Bauverwalter sind oder ob die noch ausgebildet werden müssen. Also wir brauchen ein bisschen Vorlauf, damit wir dann bereit sind. Arbeit hat es definitiv genug, wie Francis das schon gesagt hat. Der zweite Aspekt ist die Stadtplanung. Wir haben Areale, welche geplant werden müssen, sobald die BNO in Kraft ist und hier müssen wir bereit sein und einen gewissen Vorlauf haben. Areale wie das Artoz Areal in Verbindung mit dem Zeughausareal muss geplant werden. Herr Savioni ist ein ausgewiesener Fachmann, aber alles kann er da nicht allein leisten.

Innerstädtisch haben wir das Mülimärt Areal, Erlengut, und das Areal Aabach Nord welches in der neuen BNO als Entwicklungsgebiet ausgewiesen wurde. Wir müssen bereit sein mit den Rahmenbedingungen, wenn die BNO dann in Kraft tritt. Sodass die Investoren nachher loslegen können. Deshalb bitte ich euch, diesen Änderungsantrag oder die Stellenaufschübung nicht zu genehmigen. Wir haben im Budget drin, dass die Stelle per Ende erstes Quartal zu besetzen ist. Wir wissen nicht, wie die Abstimmung heute rauskommt und müssen die Volksabstimmung noch abwarten und dann die Stelle ausschreiben. Auch das wird nicht leicht mit dem aktuellen Fachkräftemangel.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Danke Dani. Weitere Wortmeldungen, dann würden wir über den Änderungsantrag abstimmen. Konkret geht es um das Konto 0222.3010.00. Es ist der ursprüngliche Änderungsantrag, welcher Michael Häusermann vorgestellt hat.

Die vorgesehene Stellenerhöhung von 100 Prozent einer Projektleitung sowie von 70 Prozent für die Sachbearbeitung in der Abteilung, Stadtplanung und Hochbau ist, um mindestens ein Jahr zurückzustellen. Wer dem zustimmen kann, soll das bitte bezeugen mit Aufstehen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wird mit 28 Nein-Stimmen zu 7 Ja-Stimmen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Francis möchtest du an deinem Antrag festhalten oder nicht?

Francis Kühlen (FDP): Nach den Erläuterungen von Dani ist es ja klar, dass dieser hinfällig wird. Ich ziehe den zurück. Ich möchte noch eine Information im Sinn der Offenheit abgeben. Alessandro Savioni ist ein Neffe meiner Frau. Also es gibt da auch eine gewisse Befangenheit. Ich glaube aber die Fakten haben für sich gesprochen aus der Erfahrung aus der Spezialkommission. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Besten Dank, dann würde ich das Ganze nochmals aufmachen. Gibt es weitere Wortmeldungen, Anträge, Ausführungen zum gesamten Budget 2024? Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich nochmals schnell zusammenfassen. Wir haben 3 Änderungen. Einerseits eine Erhöhung von CHF 25'000 Franken in Bezug auf den Mittagstisch, also eine Ausgabenerhöhung, ebenfalls eine Ausgabenerhöhung im Rahmen der Bestattungsform von CHF 60'000, welche aus dem Friedhofsreglement kommt und eine Reduktion von Kosten von CHF 50'000 aus den Klimathemen, welche wir vorher diskutiert haben.

Andreas Schmid Stadtrat: Die CHF 25'000, Mittagstisch, fallen erst im nächsten Budget an.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Besten Dank für die Präzisierung. Im Budget 2024 sind es also nur die CHF 60'000 plus die CHF 50'000 Minus, macht Netto CHF 10'000 Plus.

Wer dem Budget mit diesen Änderungen für das Jahr 2024 und auch dem Steuerfuss von 105 Prozent zustimmen kann, soll das jetzt bitte bezeugen mit Ausstehen.

Abstimmung

Das Budget 2024 mit einem Steuerfuss von 105 Prozent wird einstimmig angenommen.

6 Konzessionsabgabe an die Stadt Lenzburg für die Nutzung des öffentlichen Grunds für die Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung (Konzessionsreglement): Genehmigung

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Sprecher der GPFK ist Philippe Mining.

Philippe Minnig (FDP): Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, der Abend ist relativ fortgeschritten. Ich halte mich kurz. Die GPFK hat nicht lange diskutiert. Es kam die Frage auf, warum schon wieder so ein Geschäft hineindrücken, wenn es eigentlich sonst schon genug Geschäfte hat. Wir haben die Auskunft erhalten, wenn man es per 1. Januar 2024 in Kraft setzen möchte, reicht die Referendumsfrist mit der nächsten Sitzung nicht mehr.

Eine Mehrheit von der GPFK hat sich dafür ausgesprochen. Danke.

Tim Güttlinger (GLP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von Stadtrat und Einwohnerrat, liebe Medienvertreter, lieber Gast. Unbestritten ist die Notwendigkeit der Schaffung des Konzessionsreglements gemäss der Rechtsprechung des Bundesgerichts. Wenn aber schon das Reglement geschaffen wird, soll das auch möglichst vollständig und dem aktuellen Stand entsprechen. Gerade im Hinblick darauf, dass aus unserer Sicht keine zeitliche Dringlichkeit besteht, haben wir gewisse Anpassungen. Wir teilen im Grundsatz die Meinung, wie im Dokument auch erläutert wird, dass die Gleichbehandlung von allen Leitungen langfristig angestrebt werden soll, so wie das offenbar in den meisten anderen Gemeinden der Fall ist. Wichtig ist uns festzuhalten, dass mittels der derzeitigen Lösung eine Quersubventionierung von Strom zu Gas stattfindet und das ist gerade in Anbetracht des Legislaturziels "Klima und Umwelt" bedenklich und sollte aus unserer Sicht korrigiert werden. Wir fordern darum den Stadtrat auf, das Reglement noch einmal zu überarbeiten und die Konzessionsabgabe entsprechend anzupassen. Wie diese Konzessionsabgaben konkret aussehen sollen, überlassen wir dem Stadtrat. Wir fordern den Stadtrat auf, das Reglement innert Jahresfrist erneut vorzulegen. Darum lehnt die grünliberale Fraktion das entsprechende Konzessionsreglement ab. Wir stellen den Antrag auf Rückweisung. Besten Dank.

Philippe Minnig (FDP): Herr Präsident, geschätzte Anwesende in dezimierter Zahl. Ich habe gerade heute Morgen einen Kommentar zum Preisüberwachungsgesetz erhalten. Ich lese ein Stückchen davon vor, als Suggestion an den Stadtrat. Artikel 14 Randnote 40, der Preisüberwacher ist von der zuständigen Behörde zwingend anzuhören. Soweit ich Auskunft erhalten habe, ist das nicht erfolgt. Da bin ich als Jurist auch ein Formalist. Grundsätzlich, wenn so etwas drin steht, muss das auch gemacht werden. Wenn sich jemand wehrt und das wieder kippt, sind wir wieder gleich weit wie heute. Da unterstütze ich das Votum meines Vorredners, wenn es nicht so dringlich ist, dann lassen wir es lieber so, bedenken nochmal die formelle Vorschrift und bringen das richtig durch. Danke vielmals.

Stadtammann Daniel Mosimann: Danke vielmals für die Voten. Ich bitte den Einwohnerrat die Vorlage aus folgenden Gründen nicht zurückzuweisen. Zum Thema Preisüberwacher. Da haben wir die Güterabwägung gemacht und wir machen dort keine Änderungen materieller Art, sondern es ist formell. Die Genehmigungsbehörde, jetzt der Einwohnerrat und nicht mehr wie vorher die Exekutive. Es ist das Bundesgericht, welches das verlangt und wir gewichten hier die Bundesgerichtsrechtsprechung höher. Zum anderen haben wir uns ganz klar und bewusst für den Strom entschieden. So dass man den jetzigen Zustand in einen legalen Zustand überführen kann. Eine Klammerbemerkung, wir sind daran an einem Energieversorgungskonzept. Wir müssen schauen welche Wärmeverbünde oder Energieträger gibt es. Gas wird zurückgehen, Fernwärme wird mehr kommen und da möchten wir im Moment noch abwarten, bis wir wissen in welche Richtung es geht. Der Stadtrat ist der Meinung, dass man das bezüglich Elektrizität also Stromleitungen so genehmigen kann. Anschliessend können weitere Werke, auch unter dem Boden, bei welchen man auch eine Konzession einsetzen oder verlangen kann, folgen.

Andreas Schmid: Der Stadtrat hat die Absicht aus diesen unregulierten Konzessionen rauszukommen und das zu regeln. Der Stadtrat hat sich bewusst dafür entschieden, politisch und inhaltlich nichts an dem Reglement zu ändern. Es geht bei dieser Vorlage einzig und allein darum jetzt eine Rechtsgrundlage für die Konzession, welche wir einkassieren, zu schaffen. Sobald wir die Parameter kennen bezüglich Klimastrategie, Energieversorgungskonzept etc. wird die Konzession inhaltlich noch einmal überarbeitet. Es ging dem Stadtrat darum möglichst schnell aus der Situation, in welcher wir keine Rechtsgrundlage haben für Konzessionen, herauszukommen. Jetzt noch mal als Finanzminister - wenn findige Bürger jetzt merken, dass sie keine Konzessionsgebühr bezahlen müssen, hat die Stadt keine Mittel diese Gebühr durchzusetzen. Wir reden hier von einer halben Million Ertragsausfall.

Corin Ballhaus (SVP): Auch in der GPFK haben wir uns die Frage gestellt, wieso die Dringlichkeit, Philippe hat es erwähnt. Da müssen wir doch einfach wieder vermuten, es ist etwas dahinter. Da gibt es nämlich genau den findigen Bürger. Es ist vielleicht nicht der Bürger, sondern findige Institutionen, welche genau das Thema aufgebracht haben. Für mich ist das völlig nachvollziehbar, wenn das Energieversorgungskonzept noch nicht steht, aber wir haben auch noch Netzbetreiber und was die mit der Energieversorgung zu tun haben, kann ich nicht nachvollziehen. Wieso ist das denn nicht geregelt, wenn man schon das regeln will, was in einem illegalen Zustand ist. Das letzte der Bundesgerichtsurteile ist von 2020. Man hatte also 3 Jahre Zeit.

Stadtammann Daniel Mosimann: Zum einen ist es so, dass wir von der SWL Energie AG die Konzessionsabgabe haben und die SWL ist unter der neuen FührungscREW aktiv auf die Stadt zugekommen, um diesen Zustand zu verändern.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ich schaue noch einmal in den Saal. Die Diskussion scheint erschöpft zu sein. Wir stimmen zuerst über den Rückweisungsantrag ab. Wer das Geschäft, wie von Tim Güttinger ausgeführt, dem Stadtrat zurückzuweisen, soll das bitte bezeugen mit Aufstehen.

Abstimmung

Wir haben 16 Ja-Stimmen für die Rückweisung und 16 Nein-Stimmen gegen die Rückweisung. Das Reglement ist entsprechend genehmigt. Ich bleibe bei meiner Stimmabgabe und habe als Präsident den Stichentscheid. Die Rückweisung ist abgelehnt.

Dann können wir jetzt über den Antrag des Stadtrats abstimmen.

Der Einwohnerrat möge das vorliegende Konzessionsreglement beschliessen.

Wer dem zustimmen kann, soll das jetzt bezeugen mit Aufstehen.

Abstimmung

Wir haben 19 Stimmen, die dem Konzessionsreglement zustimmen und 8 die dagegen sind. Das Reglement ist angenommen.

7 Sanierung Sägestrasse mit Anpassung Fuss- und Radwegübergang; Abschnitt Landi; Verpflichtungskredit

Daniel Blaser ist der Sprecher für die GPFK.

Daniel Blaser (Die Mitte): Geschätzter Präsident geschätzte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten geschätzte Vertreter von den Medien und lieber Besucher. Ich erlaube mir heute, die beiden nächsten Geschäfte zusammen zu nehmen. Zum einen geht es um die Sanierung der Sägestrasse mit der Anpassung Fuss- und Radwegüberquerung und zum anderen um den Neubau der Meteorwasserleitung unter der Sägestrasse und der Werkhofstrasse. Die Vorlage zum Neubau dieser Meteorleitung ist gut beschrieben. Alle wichtigen Punkte sind aufgeführt und erklärt. In der GPFK hat die Meteorleitung weder zu Fragen noch zu Diskussionen geführt. Bei der Sägestrasse ist die Frage aufgekommen, wieso für die Einmündung des Veloverkehrs keine Tafeln vorgesehen sind. Der Stadtrat hat uns zugesichert, dass die Situation nach dem Umbau noch einmal genau angeschaut und beurteilt wird. Falls nötig, könnte ohne Probleme eine Tafel montiert werden. Im Zusammenhang mit der Entwicklung dieses Gebiets hat der Stadtrat uns informiert, dass es keine Auswirkung auf die Anschlüsse haben wird. Die grosse Entwicklung findet im westlichen Teil des Aabachs statt, dem Visa Gloria Areal. Weiter hat uns wundergenommen, ob die Verkehrsinsel den Schwerverkehr behindert. Unser Fachmann in der GPFK ist der Meinung, dass die LKW-Fahrer die neue Situation einfach ein bisschen anders anfahren müssen als vorher. Die Insel sollte also kein Problem darstellen. Die GPFK stimmt der Vorlage Sanierung Sägestrasse mit dem Betrag von CHF 293'000 zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten und der Vorlage Neubau Meteorwasserleitung mit einem Betrag von CHF 430'000 Franken zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten einstimmig zu.

Die Mitte und die EVP-Fraktion finden die Vorlage der Sägestrasse mit der Querung für die Velos sehr gut. Was mir in dieser Vorlage fehlt, sind Angaben über den Belag, Flüsterbelag oder normale Dimensionierungsstärke, so wie wir uns das von allen anderen Strassenvorlagen eigentlich gewohnt sind. Hier geht es jetzt um einen kleinen Abschnitt, aber ihr könnt euch sicher noch an die erste Vorlage der Bahnhofstrasse erinnern. Dort ist die Belagsstärke zur Diskussion geworden. Einige im Rat sind der Meinung gewesen, dass der Belag, welcher vorgesehen ist, zu schwach ist und verstärkt werden sollte. Ich bitte darum, dass die Angaben in Zukunft wieder aufgeführt sind, dass wir im Einwohnerrat, falls nötig auch die Möglichkeit haben, über den geplanten Belag zu diskutieren. Die Meteorleitung ist bei uns schnell entschieden gewesen.

In den letzten 4 Jahren haben wir hier im Rat mehrfach über 30er-Zonen auf verschiedenen Abschnitten diskutiert. Einige sind auch schon umgesetzt worden. Dazumal, wo es um eine 30er-Zone

auf der Sägestrasse ging, hat der damalige verantwortliche Stadtrat darauf hingewiesen, dass eine 30er-Zone auf der Sägestrasse wegen dem geplanten Projekt zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn macht. Jetzt hat sich aber der Zeitpunkt und die Situation von damals verändert. Der Zeitverlust wäre minimal, das haben wir bereits an der Einwohnerratssitzung vom 15. September 2022, wo es um die Sanierung der Ringstrasse Nord gegangen ist mit Etappe 7 und 8 schon erwähnt. Die Mitte Fraktion wird dem Antrag für die Sanierung der Sägestrasse nicht zustimmen und steht geschlossen hinter dem Rückweisungsantrag von Fabian Würmli. Wenn der Antrag vom Rat abgelehnt würde, ist bei uns eine Stimmfreigabe vorgesehen. Danke.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Um die Verwirrung aufzulösen, würde ich vorschlagen Fabian geht ans Mikrofon. Der Zeit zuliebe ist es gut, dass du die Traktanden zusammengenommen hast. In Zukunft möchte ich die Traktanden aber einzeln behandelt haben. Wir gehen zurück zur Sägestrasse.

Fabian Würmli (SP): Die Sanierung des Abschnitts ist von der SP-Fraktion einstimmig gutgeheissen worden, was die Lösung angeht mit der neuen Querung. Ich würde trotzdem einen Änderungsantrag machen, wenn möglich nicht ein Rückweisungsantrag. Es ist eine gute Lösung, was die Querung der Fussgänger und die des Velowegs, betrifft. Ich bin der Meinung, dass jetzt der Zeitpunkt da ist, um den Projektperimeter dieses Abschnitts zu erweitern und nicht einfach immer einen Flickenteppich zu produzieren. Das Areal soll gesamtheitlich angegangen und angeschaut werden und mindestens auf die ganze Sägestrasse erweitert werden, gerne auch auf die Hammerstrasse. Stichwort Turnzentrum und Kinder. Wir haben schliesslich einen Konsens, dass Tempo 30 dort kommen soll und auch richtig ist. Ich habe gehört eine Arealerweiterung in so einer Vorlage sei nicht möglich. Ich höre jeden Tag auf der Baustelle, was nicht möglich ist. Es geht trotzdem. Mir geht es um die Sicherheit. Wenn ich an der Sägestrasse oder auf der Werkhofstrasse stehe und die überqueren muss mit meinen drei Kindern habe ich kein gutes Gefühl. Wenn ich weiss, es kommt dort eine Insel die Lastwagenfahrer sehen und anders ansteuern, dann gehe ich davon aus, dass sie mich sehen. Ob mit oder ohne Fussgängerstreifen. Ich gehe auch davon aus, dass die Autofahrer, welche mich nicht sehen wenigstens nur Tempo 30 fahren und vielleicht noch bremsen können. Aus meiner Sicht wird die Sicherheit grösser, wenn man Tempo 30 macht. Es ist ein leidiges Thema, dass in 30er Zonen keine Fussgängerstreifen erlaubt sein sollen. Deshalb darf die Exekutive gerne kreativ werden. Man kann Tempo 30 auch erst in einem halben Jahr umsetzen, aber es soll umgesetzt werden. Schliesslich ist es noch nie vorgekommen, dass man einen Fussgängerstreifen in einer 30er-Zone hat zurückbauen müssen. Deshalb, seid kreativ und macht die 30er Zone mindestens ein halbes Jahr nach der Umsetzung. Ein weiteres Thema ist auf der gegenüberliegenden Seite beim Wisa Gloria Areal. Da fehlt ein Trottoir. Es hat im Moment eine Rabatte vor dem Eingang, sodass man nicht mehr durchkommt. Die Strasse kann nicht überquert werden. Auch hier bitte vernünftig und kreativ werden und dies angehen. Langfrist wird uns das nichts kosten, da man sowieso gesagt hat mit der Ringstrasse Nord Verlängerung kommt das und man schaut das ganze Areal an und macht eine Tempo 30 Zone. Heute bzw. nächstes Jahr wird es uns rund CHF 28'000 kosten für die Tafel, die Einengung und ein Gutachten. Diese Informationen habe ich vom Tiefbauamt erhalten. Ich bin der Meinung das ist es Wert für die Sicherheit. Besten Dank für die Unterstützung.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Besten Dank, damit würden wir über einen Änderungsantrag zu dieser Vorlage debattieren. Es geht darum, dass wir im Anschluss an diese Sanierung von der Sägestrasse Tempo 30 auf der gesamten Länge von der Sägestrasse einführt und das Projektbudget

dafür um CHF 28'000 erhöht. Der Gesamtkredit wäre dann CHF 321'000 statt CHF 293'000. Gibt es dazu Wortmeldungen aus dem Rat.

Chantal Toker (GLP): Liebe Kollegen und Kolleginnen, danke für den Antrag. Die GLP-Fraktion unterstützt das zu 100 Prozent. Die Sägestrasse ist und bleibt auch nach dieser Bahnänderung eine sehr gefährliche Strasse für Fussgänger, Velofahrer und eigentlich auch für die Autofahrer. Es ist extrem unübersichtlich durch die Kurve und gefährlich zum Queren. Das Kritische ist tatsächlich, dass es eigentlich keinen durchgehenden Fussgängerweg gibt an der Sägestrasse. Man hat zwar jetzt Verbesserungen erzielt, aber wenn Kinder beispielsweise die Tanzschule "Tanz im Glück" besuchen, und es sind vor allem Kinder, müssen sie wild die Strasse überqueren. Die Konsequenz ist, dass die Eltern die Kinder begleiten müssen, weil es nicht verantwortet werden kann. Dort finde ich, dass wir als Stadt die Verantwortung haben, Fussgängerwege durchgehend zu gestalten. Vor allem, wenn wir schon im Wissen sind, dass dort Kinder unterwegs sind. Ich finde es ist eine Unterlassungssünde, wenn wir das nicht machen. Wir sind dafür zuständig. Danke.

Stadtmann Daniel Mosimann: Ja geschätzte Damen und Herren, der Projektperimeter ist hier eigentlich klar. Es tut mir schon ein bisschen weh im Herzen. Eigentlich bin ich nicht gegen Tempo 30, überhaupt nicht, aber man eröffnet hier im Einwohnerrat nun ein neues Projekt. Wenn ich jetzt gehört habe, was alles nicht gut ist, wo dass man noch Anpassungen vornehmen sollte, dann bin ich überzeugt, das geht nicht einfach so auf die Schnelle. Das kann schon realisiert werden aber man müsste dann wirklich ein neues Projekt beantragen in dem der Einwohnerrat wieder darüber befinden kann. Deshalb bitte ich den Antrag abzulehnen. Danke.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Gibt es noch Wortmeldungen? Dann würden wir über den Änderungsantrag abstimmen.

Es wird beantragt, dass man im Anschluss an die Sanierung Sägestrasse auf der ganzen Sägestrasse oder auf der ganzen Länge der Sägestrasse Tempo 30 einführt und das Projektbudget um maximal CHF 28'000 Franken erhöht. Wer dem zustimmen kann, soll das bezeugen mit Aufstehen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag ist mit 22 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen gutgeheissen worden.

Gibt es zum Projekt noch weitere Wortmeldungen? Dann würden wir jetzt darüber abstimmen, ob wir die Sanierung der Sägestrasse mit Anpassungen von Fuss- und Radwegübergang Abschnitt Landi, sanieren will und für die Ausführung des Bauvorhabens einen Verpflichtungskredit von gesamthaft CHF 321'000 zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten bewilligen will, inklusive der Auflage danach Tempo 30 einzuführen. Wer dem zustimmen kann, soll das bitte bezeugen mit Aufstehen.

Abstimmung

Mit 27 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen haben wir das geänderte Geschäft beschlossen.

8 Neubau Meteorwasserleitung in Sägestrasse und Werkhofstrasse (ehemaliges UFA-Areal); Verpflichtungskredit

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Daniel Blaser hat uns ja schon eingeführt gibt es aus dem Rat noch Wortmeldungen. Das scheint nicht der Fall zu sein, dann wäre da folgender Antrag:

Der Einwohnerrat möge dem Neubau der Meteorwasserleitung in die Sägestrasse und Werkhofstrasse (ehemaliges UFA-Areal) zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von CHF 430'000 zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten bewilligen. Wer dem zustimmen kann soll das bitte bezeugen mit Aufstehen.

Abstimmung

Das Vorhaben ist einstimmig gutgeheissen worden.

9 Informationen zur anstehenden BNO-Revision

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Wir haben es vorher schon erwähnt, dass das Traktandum an der Oktobersitzung traktandiert wird. Ihr werdet auch die entsprechenden Unterlagen zu dieser Sitzung ein bisschen früher erhalten. Es wird morgen aufgeschaltet. Ich will dazu schnell 2, 3 Überlegungen preisgeben. Es sind Sachen, welche der Stadtschreiber in der entsprechenden Kommission und auch in der GPFK schon erzählt hat, aber mir ein Anliegen ist, dass es der gesamte Rat mal gehört hat. Der ganze Prozess der Überarbeitung der BNO läuft ja schon relativ lange. Es gab viele Möglichkeiten dort mitzuwirken. In der Endphase ist die Mitwirkung und auch die Gestaltungsmöglichkeit vom Einwohnerrat deshalb beschränkt. Also konkret steht im Baugesetz drin, wo der Einwohnerrat nicht berechtigt ist, direkte Änderungen vorzunehmen. Das heisst, wenn wir noch Ideen haben, wenn wir wesentliche Änderungsanträge hätten an unserer nächsten Einwohnerratssitzung, dann wäre das Prozedere so, dass man das in einer Rückweisung, Teilrückweisung an die Exekutive, also an den Stadtrat machen müsste, der dann wiederum mit einer neuen Vorlage kommt. Das soll verhindern, dass der Einwohnerrat eben auf die Eigentumsrechte der entsprechenden Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer direkt Einfluss nehmen kann. Was wesentliche Änderungen sind, ist nicht immer ganz einfach zu definieren und sofort zu beantworten. Damit wir aber die nächste Sitzung effizient gestalten können und dass wir dort auch entsprechend vorbereitet sind, bitte ich ganz eindringlich, mögliche Änderungsanträge bis spätestens Samstag, 21. Oktober, das ist der Samstag vor der Einwohnerratssitzung, bei mir schriftlich einzureichen. Das hilft, damit wir die entsprechenden Anträge vorher beurteilen können.

Christoph Hofstetter wird wahrscheinlich noch im Detail dazu ausführen an der Informationsveranstaltung, welche ja auch noch stattfindet. Ich kann dort leider nicht teilnehmen, darum habe ich das heute nochmal sagen wollen. Es ist auch absolut in meinem Interesse. Ich danke euch bereits heute für das Verständnis und die Kooperation. Es würde wirklich helfen, wenn wir das vorher komplett zusammen hätten.

10 Umfrage

Christoph Nyfeler (FDP): Als Motionär der Tagesschulen und als eigentlicher Redner lasse ich mir es nicht nehmen, dass ich auf der einen Seite extrem glücklich bin, dass wir vor dreieinhalb Jahren die Motion eingereicht haben, die Motion überwiesen worden ist und dass wir jetzt eine Modellvarianten light hier vor Ort haben. Ich möchte aber auch sagen als Vater von 2 Kindern und als Privatperson, dass ich es schade finde, dass Lenzburg eine Möglichkeit verpasst hat, ein Zeichen zu setzen, als visionäre Stadt, als Stadt für Familien, als Stadt in der beide Elternteile arbeiten, die Möglichkeit eröffnen ihre Kinder in die Tagesschule zu schicken. Tagesschulen sind in grossen Teilen dieser Welt ein Standard. Man muss das Rad nicht neu erfinden, man kennt und man weiss, was es heisst eine Tagesschule zu haben. Was die Vorteile sind, was die finanziellen Aspekte anbelangt, auch wie das Steuereinkommen positiv beeinflusst werden kann. Ich hoffe, gerichtet an unseren Stadtrat, dass man sehr bald die richtigen Schlüsse aus dieser Testvariante ziehen und dann möglichst schnell eine weiter ausgearbeitete Tagesschule in Lenzburg umsetzen kann.

Dani, du hast die Klimastrategie von Aarau erwähnt. Das ist hervorragend. Dort kann man auf 6 A4 Seiten lesen, wie man das Klima schützt. Es sind dann noch weitere 50 Seiten angehängt, in denen notabene kurz ausgerechnet CHF 570 einmalig ausgegeben werden sollen und CHF 150 jährlich ausgegeben werden sollen. Nicht für Umsetzungsmassnahmen, sondern für weitere Konzeptarbeiten. Das ist genau das, was wir nicht brauchen. Wir müssen das Geld einsetzen für das, was effektiv etwas nützt und nicht für irgendwelche Beratungsbüros. Ich hoffe, man setzt sich mit Aarau in Verbindung und dann kann man das Dokument sicher auch mit weiteren Anhängen gratis erhalten. Man müsste ein paar Zahlen für Lenzburg anpassen und könnte es 1 zu 1 übernehmen. Danke.

Corin Ballhaus (SVP): Die welche mich kennen wissen, ich schicke gerne nachtaktive Grüsse. Mit Medienmitteilung vom 23. Juni 2023 hat der Stadtrat informiert, dass sich die Stadtverwaltung im Umgang mit Kundinnen und Kunden bei seiner Vision «Lenzburg wirkt» und seiner Mission «Mit Lenzburg punkten» an den Werten Achtsamkeit, Kompetenz, Leistung und Entwicklung orientiere. Wenn es um den Umgang mit Beschwerden/Einwendungen bei Baugesuchen, insbesondere im vereinfachten Verfahren geht, scheint dies allerdings nicht zu gelten. Das muss ich aus verschiedenen Rückmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern schliessen, die sich an mich gewendet haben, weil sie unzufrieden sind, wie ihre Einwendungen formell behandelt werden. Es ist der Eindruck entstanden, dass Beschwerden von der zuständigen Abteilung oft auf die lange Bank geschoben werden und sie sich der Beschwerde erst annimmt, wenn sich die Beschwerdeführer/innen per Einschreiben an den Stadtrat wenden, was die Behandlung der Beschwerde aber selbst dann nicht immer wesentlich beschleunigt. In einigen Fällen mögen sich die Beschwerdeführer/innen ob der wochen- und monatelangen Ignoranz geschlagen geben und sich frustriert zurückziehen. In anderen Fällen provoziert solches Verhalten aber Rechtsfälle, die unter Umständen auch auf Seite der Stadt vermeidbare Kosten verursacht. Meine Fragen in diesem Kontext:

- Wie viele Beschwerden/Einwendungen gehen pro Jahr bei der Stadt zu Baugesuchen durchschnittlich ein? Zu Baugesuchen mit öffentlicher Auflage? Zu Baugesuchen mit vereinfachtem Verfahren? Ich gehe davon aus, dass diese Kennzahlen für die Führung der Abteilung bereits erhoben werden.
- In wie viel Prozent dieser Fälle sind die Beschwerden/Einwendungen berechtigt. Öffentliche Baugesuche? vereinfachte Verfahren?
- Wie arbeitet die Stadt solche Fälle auf (Anpassungen von Abläufen, Weiterbildung etc.)?

- Wie hoch sind die jährlichen externen Rechtskosten, die der Stadt aus der Behandlung von Beschwerden/Einwendungen entstehen?
- Wieso verzichtet die Stadt darauf, den Absender/innen einer Beschwerde/Einwendung den Empfang derselben zu bestätigen, zumal der Aufwand für ein Standardschreiben oder Standardantwort-Mail minim ist?
- Was erachtet der Stadtrat als angemessene Frist, in der die Beschwerdeführer/Einwender mit einer Aufnahme ihrer Beschwerde/Einwendung rechnen dürfen?
- Wie nimmt der Stadtrat das Controlling von Beschwerden wahr? Zu welchem Zeitpunkt erfährt er von Beschwerden? Verfügt er über eine Übersicht über die Anzahl und Art der eingegangenen und ausstehenden Beschwerden und deren Bearbeitungsfristen?
- Wie sind die Stellvertretungen in der zuständigen Abteilung geregelt? Vermittelt die zuständige Abteilung ein kompetentes Bild nach aussen, wenn sie Verzögerungen mit Ferienabwesenheiten der zuständigen Person oder anderen (als wichtiger deklarierten) Arbeiten begründet? Wäre es nicht kundenorientierter und der Sache dienlicher, wenn den Beschwerdeführer/innen stattdessen verlässliche Termine genannt würden, wann sie mit einer Antwort rechnen dürfen?

Besten Dank im Voraus für die Beantwortung der Anfrage.

Stadtmann Daniel Mosimann: Deine Annahme ist richtig. Wir beantworten dies heute nicht, nicht nur wegen der fortgeschrittenen Zeit, auch weil wir nichts haben Aufbereiten können. Das wird an einer der nächsten Sitzungen passieren. Danke.

Christina Bachmann (Die Mitte): Sehr geehrter Herr Präsident und liebe Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, vom Stadtrat und liebe Gäste, ich nehme an, das geht bei meinem Antrag dann genau gleich. Ich werde Ihnen jetzt nicht alles vorlesen oder erwarte auch nicht heute eine Antwort. Gerne aber das nächste Mal. Es geht ein bisschen in eine ähnliche Richtung bezüglich Standortattraktivität und Kommunikation. Die Mitte Lenzburg nimmt besorgt wahr, dass der Stadtrat scheinbar ungenügend mit Medienschaffenden und dem Lenzburger Gewerbe kommuniziert. Am 9. September 2023 stand in der Aargauer Zeitung, dass aus Lenzburg keine Antwort eintraf, wie die Stadt mit den erhöhten Strompreisen umgehen würde. In der Einwohnerratssitzung vom 9. März 2023 habe ich eine mündliche Anfrage gestellt, ob der Stadtrat genügend in Kontakt sei mit Saviva und ob der Stadtrat das Risiko einschätzen könne, ob die Saviva weiterhin plane, nach Lenzburg zu ziehen. Stadtmann Mosimann antwortete: « Was die weiteren Absichten der Firma sind, entzieht sich zurzeit der Kenntnis des Stadtrats.» Jetzt wissen wir es alle, dass Saviva wohl wegzieht gemäss Medienberichten diese Woche. Es wurde auch gefragt, wie grundsätzlich mit den hiesigen Unternehmungen kommuniziert wird. Stadtmann Mosimann antwortete:

« Ich würde sagen, dass ein guter Austausch besteht. Es finden regelmässig Gespräche mit ortsansässigen Unternehmungen statt. Grundsätzlich kann man sagen, dass bis vor Corona regelmässig jährlich ein Unternehmer Apéro durchgeführt wurde. Organisiert wurde dieser durch die Stadt. Diese Aktivitäten werden in diesem Jahr wieder aufgenommen und wir lancieren diese wieder neu".

Trotzdem war Saviva überrumpelt (gemäss eigener Aussage in den Medien) von der Bausperre. Es ist wichtig, dass wir als Stadt glaubwürdig und verlässlich sind gegenüber dem Gewerbe. Wir wollen ein stabiles Umfeld bieten und Firmen anziehen nicht verscheuchen.

Fragen:

- Gibt es Grundsätze, nach denen der Stadtrat seine Medienkommunikation ausrichtet?
- Welche Priorität hat die Beantwortung von Anfragen durch Medienschaffende?
- Wie konnte es passieren, dass der Stadtrat der Aargauer Zeitung keine Auskunft geben konnte über die Massnahmen bzw. den Umgang mit der starken Erhöhung der Strompreise? Im Artikel vom 9.9.2023 stand, dass «aus Lenzburg keine Antwort eintraf».
- Nach welchen Kriterien wird entschieden, ob ein Geschäft im Stadtrat behandelt wird oder durch den Präsidenten allein beantwortet wird?
- Hat der Stadtrat die besagten Unternehmer-Gespräche im Jahr 2023 aufgenommen?
- Wie stellt der Stadtrat sicher, dass nicht weitere Firmen Lenzburg verlassen oder nicht nach Lenzburg ziehen?

Das wäre glaube ich nicht in unserem Sinn. Wir haben ja extra deswegen auch die Stelle zur Förderung der Standortattraktivität und Kommunikation. Vielen Dank.

Daniel Frey (EVP): Heute werden wir ja richtig gefordert, aber auch ich habe noch ein Anliegen von Bürgern aus dem Westquartier. Das heisst hinter dem Bahnhof. Sie sind an mich getreten im Zusammenhang mit dem Umbau vom Bahnhof Lenzburg. Die Anwohner sind ein wenig beunruhigt und machen sich Sorgen über die ganzen Emissionen und dem Verlust der Sicherheit. Ich habe mir selbst von den Projektleitern im Försterhaus die Situation erklären lassen. Ich muss sagen, ich fühle mich sehr ernst genommen und die beiden sind äusserst kompetent. Da habe ich ein gutes Gefühl. Nun müssen Anwohner, welche am schwersten vom Umbau betroffen sind ins Boot bzw. in den Zug geholt werden. Nach meinen Informationen haben sie sich schriftlich beim Stadtrat gemeldet und ihr Anliegen vorgebracht. Leider haben sie bis heute keine Antwort erhalten. Da verstehe ich den Frust. Ich fordere deshalb den Stadtrat auf, sich dieser Angelegenheit trotz der hohen Arbeitsbelastung anzunehmen und aktiv das Gespräch mit den Bewohnern zu suchen. Ich glaube im Augenblick ist es sehr wichtig, dass das Vertrauen in die Politik nicht verloren geht. Ich hoffe, dass der Stadtrat sich das zu Herzen nimmt, denn ich glaube so können wir uns viel Ärger und Frust ersparen. Vielen Dank.

Stadtammann Daniel Mosimann: Besten Dank für das Votum. Ich höre zum ersten Mal von einem Schreiben der Anwohner. Da ist mir und offenbar auch meinen Kolleginnen und Kollegen nichts bekannt. Ich werde dem aber nachgehen. Vielen Dank.

Thomas Schär (SP): Nutzen wir die Gelegenheit, wenn wir noch so frisch sind, kurz nach 12 Uhr. Ich halte mich kurz. Gemäss Schreiben der SWL vom 31. August 2023 wird der monatlich erhobene «Grundpreis» pro Haushalt/Anschluss von 9 auf 10 Franken erhöht. Absolut ist es «nur» eine Erhöhung um einen Franken, prozentual mit 11% aber doch beachtlich. Vor allem ist in diesem Schreiben kein Grund dafür zu finden. Die weiteren Preiserhöhungen werden meist nachvollziehbar erläutert (Energie, Netznutzung, Abgaben). Auf Nachfrage bei der SWL (Mailverkehr mit Christian Stalder vom 13. und 14. September) erfolgte keine Erklärung für die Preiserhöhung. Es wurde einzig ausgeführt, welche Komponenten im Grundpreis enthalten sind:

- Die Software
- Lizenzkosten
- Anschaffungskosten SMART METER
- Zählerauslesung
- Personalkosten

Somit beinhaltet der «Grundpreis» vor allem den Smart Meter und die zugehörigen Leistungen. Eine Gewichtung der Kostenpositionen wurde auf Nachfrage nicht zugestellt. Die Personalaufwände (Zählerauslesung und Personalkosten) dürften nur einen sehr kleinen Teil ausmachen (Fernzugriff auf die Smart Meter), der grösste Kostenblock dürften die Smart Meter selbst sein. Diese Zähler sind in der Regel aber nach wenigen Jahren amortisiert und sollten im Gegenteil je nach Alter günstiger oder gar gratis werden. Dann fällt allenfalls noch ein minimaler Aufwand für den Betrieb, Software mit Lizenzkosten, an.

Daher die Anfrage an den Stadtrat bzw. die Bitte, dies via SWL klären zu lassen:

1. Wieso steigt der «Grundpreis» per 1. Januar 2024 um 11 % an? Können Preisveränderungen beim «Grundpreis» künftig im Informationsschreiben zu den Strompreisen ebenfalls aufgeführt werden?
2. Kann sich die SWL vorstellen, künftig auf den «Grundpreis» zu verzichten? Die Zusammensetzung dieser Kosten (siehe oben) ist für Aussenstehende kaum nachvollziehbar. Gemäss den Ausführungen oben sollte auch die Amortisation der Smart Meter berücksichtigt werden. Wenn auf der Stromrechnung künftig CHF 120 wegfallen, wäre dies für einige Haushalte eine spürbare Entlastung. Der Konsumentenschutz setzt sich zudem bereits seit längerem dafür ein, dass die «Grundpreise» der Stromanbieter abgeschafft werden sollten. Dies mit klaren und nachvollziehbaren Begründungen, die auch für Lenzburg (u.a. Klimastrategie) Sinn machen.

Grundpreise sind Kopfsteuern. Jeder Haushalt zahlt unabhängig vom effektiven Verbrauch einen Sockelbeitrag. Diese benachteiligen kleinere, sparsame Haushalte. Ihnen entsteht damit ein verhältnismässig grösserer Teil der Stromkosten. Grundpreise verhindern somit Verursachergerechtigkeit und eine «effiziente Elektrizitätsverwendung» nach Art. 14 StromVG.

Grundpreise verhindern Stromsparen: Je weniger Strom ein Haushalt verbraucht, desto schwieriger ist es für ihn, von den Sparanstrengungen finanziell zu profitieren. Im Anbetracht der öffentlichen Aufforderungen zum Strom sparen, sollte Strom sparen nicht noch indirekt verhindert werden.

Grundpreise sind intransparent: Siehe dazu die Ausführungen oben. Andere Tarifstruktur ist möglich: Viele Stromunternehmen rechtfertigen die Grundpreise mit Zweitwohnungen, da diese Kosten verursachen und mit ihrem kleinen Verbrauch die Kosten nicht decken. Dies trifft auf Lenzburg kaum zu. Trotzdem gäbe es dafür schon lange die Möglichkeit zwischen ganzjährig und nicht ganzjährig genutzten Liegenschaften zu unterscheiden (Artikel 18 Absatz 2 StromVV). Dies ist die gerechtere Lastenverteilung.

Grundpreise gibt's nicht überall: Einige Stromunternehmen haben die Grundpreise schon vor 20 Jahren abgeschafft. Darunter gehören insbesondere grosse Städte wie Zürich, Basel und Luzern. Siehe dazu www.konsumentenschutz.ch/online-ratgeber/stromtarife-grundpreise-jetzt-abschaffen.

Vielen Dank für die Entgegennahme dieser Fragen und die Abklärung. Mir ist bewusst, dass die SWL ein eigenständiges Unternehmen ist und die Einflussmöglichkeiten der Stadt/des Stadtrats

beschränkt sind. Da die direkte Kommunikation mit der SWL in dieser Sache aber nicht zielführend war, bitte ich den Stadtrat, sich dieses Themas anzunehmen. Die «Grundpreis»-Erhöhung ist absolut eher marginal, prozentual aber doch deutlich. In Zeiten steigender Strom- und Lebenshaltungskosten sollten solche Erhöhungen klar begründet werden. Oder unterlassen – auch im Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung durch die Bevölkerung ("Rechtfertigung" der Preiserhöhungen). Schlussendlich wäre es sehr zu begrüßen, den «Grundpreis» abzuschaffen, da nicht verursachergerecht und die aktuellen Sparbemühungen des Bundes (und der Stadt) störend. Besten Dank.

Andreas Schmid: Ich habe eine gute und eine nicht so gute Nachricht. Ich fange mit der Guten an. Wir haben eine erfolgreiche IT-Umstellung gehabt. Wir sitzen jetzt hier mit unseren neuen Geräten und haben Freude. Wenn wir jetzt durch die Büros laufen, sehen wir, dass alle die gleiche Ausrüstung haben und dies hat wirklich reibungslos geklappt. Es gibt noch Kinderkrankheiten, die es halt so gibt, aber es ist eine erfreuliche Geschichte, was die ganze IT-Migration anbelangt.

Nun zum weniger Erfreulichen. Ihr habt vor ein paar Monaten einen Kredit bewilligt für die Sanierung (Dach und Fassade) des Rathauses. In der Vorlage hat gestanden, dass man nach dem Jugendfest das Gerüst stellen will. Bis jetzt steht kein Gerüst. Das steht mit der Vergabe der Architekturleistung im Zusammenhang. Es wurden vertiefte Abklärungen gemacht, die es in diesen Bereichen von Sanierungsmassnahmen so braucht und haben festgestellt, dass es eine Differenz gibt zwischen dem Fachplaner, den wir hatten, wo auch Architekten, Statiker, Spengler usw. dabei waren und welche uns diese Offerte gemacht haben, damit wir die Kosten einschätzen können. Nun zeigt sich eine relativ grosse Diskrepanz zwischen der ersten Einschätzung und der Einschätzung des Architekten, welcher jetzt für uns das Bauprojekt umsetzen soll. Wir müssen jetzt vertiefte Abklärungen machen, damit wir Gewissheit über die Kosten erhalten. Wenn wir nicht wissen, was jetzt wirklich Sache ist, werden wir ganz sicher nicht irgendwelche Aufträge vergeben für Fassade und die Dachsanierung. Wir werden euch informieren, wenn wir mehr wissen, wie wir in dem Geschäft vorgehen werden. Vielleicht ist es ja der Happy Case, dass die erste Einschätzung die Richtige gewesen ist und dann kommt alles gut und wenn es halt in die andere Richtung läuft, dann hört ihr wieder von mir. Danke und gute Nacht.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Herzlichen Dank für das angeregte mitdiskutieren. Damit wäre die Sitzung geschlossen.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Die Protokollführerin:

